

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Drei vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gespalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 338 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Bred.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Die Kapitalnot.

Unsere Gesellschaftsordnung ist durchdrungen von Unwahrheit. Unser ganzes Reklamewesen im Handel ist Unwahrhaftigkeit, die Bilanzen der Gesellschaften sagen günstigstenfalls nichts, sehr oft die Unwahrheit, unser politisches Leben ist vergiftet durch direkte Lügen und Verleumdungen niedrigster Art. Unwahrhaftig und sehr oft unwahr ist das Geschrei von der Kapitalnot der Kapitalkräftigsten.

Wir haben den Krieg 1914/18 hinter uns. Wer hätte an dem Kriege ein Interesse? Die Arbeitnehmerschaft? In erster Linie wohl jene Kreise, die heute über Kapitalmangel jammern. Sie haben ja auch am Kriege verdient. Und wenn die Herrschaffen vier Jahre lang Kapital verpulvert haben, wessen Schuld ist es denn? Jedenfalls nicht Schuld der Arbeitnehmerschaft. Dieses verpulverte Kapital soll jetzt durch Beseitigung bzw. Abbau der Sozialversicherung zurückgeholt werden, oder, wie die Industriellen sagen, die Kapitalbildung darf sich nicht vollziehen in den Händen der sozialen öffentlichen Körperschaften, nicht zugunsten der Allgemeinheit, sondern in den Händen der privaten Kapitalbesitzer. Eigenkapitalist Vermögen. Es grenzt an Unverstörenheit, wenn die Besitzenden das Volksgut für sich reklamieren. Kapitalbildung ist Vermögensbildung. Vollzieht sich diese zum Teil bei der öffentlichen Hand oder bei der großen Masse der Volksgenossen, dann kommt sie der Gesamtheit zugute. Das ist nicht der Fall, wenn sich das Volksgut, das neue Kapital, nur in den Taschen der Besitzenden ansammelt und ihnen so viel wirtschaftliche Macht gibt, daß sie eines Tages die Staatsmacht beiseite schieben können. Die Anfänge dazu sind schon gemacht.

Bei wem ist Kapitalnot? Bei den größten der Großen nicht. Sie wußten sich zu helfen, während des Krieges und erst recht während der Inflation. Sie haben ihr Betriebskapital (variables und zirkulierendes Kapital) ins Ausland gegeben, Denen gekauft u. dgl. und immer nur so viel in Mark verwandelt, als sie gerade nötig hatten. Das war kein Fehler, im Gegenteil, es war ein Glück nicht nur für die Besitzer der genannten Werte, sondern für die Gesamtheit. Als die Inflation zu Ende (20. November 1923) und nachdem die nötige Sicherheit für die Stabilisierung unserer Zahlungsmittel erkennbar war, da konnten die „Großen“ wieder nach Belieben disponieren. Sie haben die während des Krieges und während der Inflation anderwärts, insbesondere in den USA, weitergeschrittene technische Entwicklung rasch nachgeholt, damit wir auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig wurden. Das nannten sie Rationalisierung. (Der Ausdruck „Rationalisierung“ ist allerdings falsch. Er heißt „vernünftige Wirtschaft“. Die wäre aber nur dann gegeben, wenn im Interesse der Gesamtheit und nicht, wie heute, im Interesse der Kapitalbesitzer produziert würde.) Die kleinen und mittleren Unternehmer aller Art haben während der Inflation ihre verfügbaren beweglichen Kapitalien in Sachwerte gesteckt. Wo sich diese Sachwerte in Produktionsmittel darstellten, wo z. B. durch die gute Konjunktur während der Inflation infolge Selbsttäuschung der Besitzer die überschüssigen Geldmittel in Neubauten und neue Maschinen alten Systems gesteckt wurden, da ist das Kapital so gut wie verschwunden. Weil die Inflation vorüber, die Unternehmer ihre Arbeiter nicht mehr mit 70 Pf. bis 1 Mk. Wochenverdienst nach Hause schicken konnten, fehlte der Umsatz, die Neubauten und Maschinen konnten nicht produktiv auswertet werden und wurden zu „totem Kapital“, d. h. sie sind kein Kapital mehr. Diese Tatsache wirkt auch heute noch nach und ist eine Teilerklärung für die Zunahme der Konkurrenz. Dazu kommen die Stilllegungen in den verschiedenen Industriezweigen als Folge der Vertrustungen. Bauten und Maschinen der stillgelegten Betriebe sind bis auf ein Minimum entwertet, aber das darin steckende Kapital wird weiter verzinst, trägt also Mehrwert, unbezahlte Arbeitskraft, und dieser Teil entgeht der Bildung von Neukapital, ohne Schuld der Arbeiterschaft. Damit ist aber noch kein Kapitalmangel bewiesen, denn der Konzern, der Trust hat durch die Auffassung kleiner Konkurrenzbetriebe deren Kundenschaft erhalten. Der Konzern hat die Konkurrenz, die den Preis drückte, beseitigt. Die Preise gehen in die Höhe, werden diktiert, festgehalten. Das gilt natürlich auch für die Rohstoffe, über deren Preisgröße die weiterverarbeitende Industrie klagt. Aber haben nicht die Industriellen selbst die Rohstoffpreise mit Hilfe ihres Trustmonopols und mit Hilfe von Zöllen die Preise in die Höhe getrieben? So mögen sie denn diesen Streit über die hohen Gesehungskosten in ihren eigenen Reihen austragen. Eine andere Tatsache ist festzustellen, die der Bildung von Neukapital hinderlich ist, aber lediglich durch die Schuld der „Wirtschaftsführer“. In vielen Industriezweigen sind die Betriebsanlagen weit über die Produktions- und Absatzmöglichkeit hinaus erweitert. 30, 40, ja selbst 60 Prozent des konstanten oder doch des fixen Kapitals liegen brach und müssen brach liegen bleiben in dem Maße, wie immer mehr Arbeitskräfte durch die Technik aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden werden und nur noch als Teilkonsumenten in Frage kommen.

Erwerbswirtschaft bei freier Konkurrenz war erträglich, weil Konkurrenz die Preise drückte, den Umsatz förderte,

neue Produktionsmöglichkeit schuf. Heute ist die Konkurrenz fast vollständig verschwunden, Preisvereinbarungen bestehen überall, die Preise werden nicht mehr durch die Konkurrenz gedrückt, also nicht gesenkt, der Warenumsatz muß zurückgehen. Es wird versucht, den durch niedrigen Umsatz entstehenden Einnahmeausfall durch höhere Preise hereinzuholen. Die Folge ist weiterer Rückgang des Umsatzes. Die Preisfreiberer findet ihre Grenze an der Konsumunfähigkeit großer Volksmassen und muß, weil die Kapazität (Produktionsmöglichkeit) nicht ausgenutzt werden kann, zu nur geringer Kapitalbildung führen. Das sind Erscheinungen, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet sind, und wofür die Arbeitnehmerschaft gestraft werden soll.

Menschenschicksal.

In Lebensfluten, im Latenzsturm
wall ich auf und ab,
webe hin und her!
Geburt und Grab,
ein ewiges Meer,
ein wechselnd Weben,
ein glühend Leben,
so schaff ich am tausenden Weibstuhle der Zeit
und wirke der Gottheit lebendiges Kleid.
Goethe („Faust“).

Die Klagen über Kapitalmangel sind nur eine neue und von der gesamten Industrie mit besonderer Wucht propagandistisch aufgezugene Kriegsführung gegen Steuern, gegen Sozialpolitik und gegen die öffentliche Hand. Es steht fest, daß keiner der kriegsführenden Siegerstaaten (wobei wir die USA nicht in Betracht ziehen) seine Wirtschaft, seine Bahnen, seine Handelsflotte so schnell aufgerüstet hatte wie das unterlegene Deutschland. Ja, sagen die Industriellen, aber mit ausländischem Kapital, wodurch wir in die Gefahr der „Aberfremdung“ geraten. Mit diesem Märchen soll man uns verschonen. Handel und Wirtschaft sind internationale Faktoren. Deutsches Kapital steckt in ausländischen Unternehmungen, wie ausländisches Kapital in deutschen Unternehmungen steckt. Jeder nimmt Kapital herein, von wo er es am billigsten bekommt, abgesehen vom Reichsbankpräsidenten Schacht. Vor nicht allzu langer Zeit erklärte der demokratische Reichstagsabgeordnete und Bankfachmann Georg Bernhard, die deutschen Unternehmer hätten 4 bis 6 Milliarden Mark in ausländischen Depots untergebracht, um sie der Besteuerung zu entziehen. Durch Gründung von Deckgesellschaften bringen die Unternehmer es fertig, ihr eigenes Geld als Auslandskredit wieder in ihre Betriebe hereinzunehmen. So entziehen sie sich der Steuer und stellen sich als kapitalarm hin.

Die „Bergwerks-Zeitung“, also ein Unternehmerblatt, schrieb in ihrem Börsenbericht am 13. Oktober 1929: „Der deutsche Kapitalist schafft seine Effekten oder seine baren Mittel nach dem Auslande. Große Industrieunternehmen schieben sich in ihrer Weise nach dem Auslande. Das deutsche Kapitalfeld wird auf diese Weise immer mehr ausgefrachtet, aber der ausländischen Konkurrenz wird das Geld verbilligt. Man kann dem deutschen Kapitalisten seine Kapitalflucht noch gar nicht abnehmen. Er sagt uns ehrlich: Nur was ich im Ausland habe, habe ich wirklich. Alles übrige ist unsicherer Besitz, ist den Zugriffen des Steuerfiskus ausgesetzt.“

Das sieht alles nicht nach Aberfremdung und nicht nach Kapitalarmut aus. Mit dem Schlagwort „Aberfremdung“ ist eigentlich jetzt lange genug Unfug getrieben worden. Wenn ich ein Geschäft anfangen, das erhebliche finanzielle Mittel erfordert, ohne einen Pfennig Geld, werde ich heutzutage in 99 von 100 Fällen Schiffbruch leiden. Wenn mir aber jemand Kapital leiht, dann kann ich mich herausarbeiten, wie es unsere Unternehmungen nach der Inflation auch getan haben. Allerdings darf man nicht so großspurig sein, wie vermögende Kapitalbesitzer sind und ihre Sprößlinge noch viel mehr. Man kann vier Jahre Krieg nicht auslösen, besonders nicht, wenn man der Geschlagene ist. Daß Fremdkapital bei guter Geschäftsleitung keine Gefahr zu sein braucht, bestätigte das Unternehmerblatt „Maschinenbau“ im Heft 23 des Jahres 1929. Es heißt da: „Je stärker aber die Investierung fremden Kapitals in Deutschland sein wird, desto schneller wird die deutsche Wirtschaft ihre volle Kapazität erreichen und auch die Produktionskraft derjenigen ausnützen können, die jetzt als Arbeitslose zur Unfähigkeit gezwungen sind. Das aber ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für

eine gesteigerte Eigenkapitalbildung, also eine wesentliche Bedingung, um Deutschland von der Zufuhr fremden Kapitals unabhängig zu machen.“ Unsere Industriellen sollen sich die Worte des Direktors der Deutschen Bank Oskar Wassermann zu Gemüte führen, der die deutsche Volkswirtschaft mit einem fünfjährigen Knaben verglich. Damit meinte er das Wachstum unserer Wirtschaft seit Ende der Inflation. Er führte dann aus, es sei nach seiner Auffassung falsch, wenn dieser Knabe danach strebe, allzu schnell ein Mann zu werden.

Wer soll denn an Kapitalarmut glauben, wenn man weiß, daß sich in Deutschland die Zahl der Millionäre in der Zeit von 1925 bis 1927 um 130 vermehrt hat und daß der Vermögenszuwachs 442 Millionen Mark beträgt. 1925 versteuerten die deutschen Millionäre 5,14 Milliarden Mark und 1927 bereits 5,58 Milliarden Mark. Man weiß, wie Kapitalien vergeudet werden an Leute, die keine Gegenleistung aufweisen können, an die Aufsichtsräte, von denen eine Unternehmerzeitschrift, „Der Konfektionär“, sagte:

„Auch das Amt der Aufsichtsräte erbt sich leider in Deutschland wie eine alte Krankheit fort. Nicht persönliche Tüchtigkeit, sondern Herkunft, Abstammung, Titel und sonstige Wärdien entscheiden darüber, wer als Aufsichtsrat berufen werden soll.“

Da gibt es Leute, die 50, 60 und mehr Aufsichtsratsposten inne haben. Es soll uns niemand erzählen, daß diese Leute ihre Ämter praktisch ausüben könnten.

Es scheint, daß die unerhörte Kapitalmangel-Propaganda allmählich ihre Wirkung auszuüben beginnt. Es ist erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit die Menschheit sich beeinflussen läßt. Es fehlt nicht mehr viel, dann ist alle Welt felsenfest davon überzeugt, daß unsere Trustmagnaten, also daß die Kapitalisten überhaupt keine Steuern zahlen können. Schließlich sind nur noch die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen zahlungsfähig.

Es ist ja bekannt, daß Bilanzen nicht nur verschleiert, sondern auch gefälscht werden, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Haben doch schon Firmen dem staatlichen Schlichter gefälschte Bilanzen unterbreitet. Das Kartell der Druckpapierindustrie hat es durch sein Monopol fertig gebracht, selbst den eigenen Mitgliedern für die Jahre 1924 und 1925 gefälschte Bilanzen vorzulegen, die große Verluste aufwiesen. Ein Mitglied, ein Papierfabrikant, verweigerte in der Generalversammlung dem Vorstand Entlastung. Er wies nach, daß in den beiden Jahren keine Verluste vorhanden waren, sondern ein Reingewinn von 8 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von 900 000 Mark. Es wurde dann im folgenden Jahre eine Dividende von 330 Prozent verteilt und das Kapital verdreifacht.

Herr Dr. von Siemens hat ja in dem bekannten Enqueteauschuß für Aktiengesetzreform erklärt: „Ich sage Ihnen ganz offen, daß es einem persönlich mitunter unangenehm ist, sich hinsetzen und überlegen zu müssen, wie man verschleiert.“

Und Herr Karl Fürstenberg, Direktor der Berliner Handelsgesellschaft, hat einmal erklärt:

„Die Dividende ist der Teil des Gewinnes, der beim besten Willen nicht mehr verschleiert werden kann.“

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf eine Bemerkung hingewiesen, die der bekannte Professor Dr. Wiehenfeld (Leipzig) im Jahre 1929 in einem Vortrage im Zyklus der „Deutschen Vereinigung der Staatswissenschaftlichen Fortbildung“ gemacht hat:

„Auf geleitete Gesellschaften verfolgen das Ziel, den Aktionären nicht etwa einen tatsächlichen Anteil am Gewinn, sondern eine feste Verzinsung zu gewähren, deren Höhe gerade ausreichen muß, um den Kurs der Aktien zu halten. Zu diesem Zweck verschleiert der Vorstand dem Aufsichtsrat den Gewinn und mit diesem gemeinsam noch mehr der Generalversammlung; die Dividende richtet sich nicht nach dem Gewinn, sondern die Höhe des ausgewiesenen Gewinns muß sich nach der Dividende richten. Dieser Standpunkt der Träger der Unternehmerfunktion gegen die Kapitalisten der Gesellschaft kommt in dem Worte zum Ausdruck, daß die Aktiengesellschaft drei Feinde hat — den Steuerfiskus, die Arbeiter und die Aktionäre — und in dem Anspruch eines Hamburger Großreeders, seine Gesellschaft sei nicht dazu da, Dividenden zu zahlen, sondern Schiffahrt zu freiben.“

Durch Gründung von Tochtergesellschaften, Handelsunternehmungen im In- und Auslande, Errichtung von Finanzierungsinstituten usw. werden die Gewinne verschoben und aufgefickt. Dadurch kann man statt einmal 40 Prozent viermal 10 Prozent einstecken. Oder das Geld verschwindet in Form hoher Spesen und Sitzungsgelder. Die Stammaktionäre scheiden hierbei aus. Die Löwen sind die leitenden Personen.

die Vorzugsaktionäre. Ein gewähltes Beispiel: Ein Grundbesitzer liefert Zuckerrüben an die Zuckerfabrik, bei der er selbst Aktionär ist. Erhält er für den Zentner Rüben nicht 1,80 Mk. wie andere Rübenverkäufer, sondern 3,50 Mk., dann hat er bereits seine ansehnliche Dividende weg, dann erhält er vielleicht als Aktionär der Zuckerbank (Finanzierungsinstitut) eine Dividende und dann zum dritten Male von der Zuckerfabrik eine scheinbar niedrige Dividende, um den Appetit der Arbeiterklasse nicht zu reizen. Der Mutterboden der dreimal bezogenen Dividende ist und bleibt die Zuckerfabrik.

Fest steht jedenfalls, daß die Dividende kein Maßstab für die Rentabilität eines Unternehmens ist, ebensowenig erfahren wir aus den Jahresbilanzen der Gesellschaftsunternehmen den wahren Stand einer Gesellschaft.

Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, daß die Reichskreditgesellschaft im Jahre 1928 über die Kapitalneubildung Zahlen angegeben hat, die das unwahre Geschrei vom Kapitalmangel zum Teil widerlegen. Danach wurde aus Produktionsüberschuß Neukapital gebildet: im Jahre 1925 9,5 Milliarden, 1926 6,3 Milliarden, 1927 12 Milliarden und 1928 9 Milliarden Reichsmark. Es liegt keine Ursache zu der Annahme vor, daß die Kapitalneubildung im Jahre 1929 weniger gut gewesen sei.

Und zum Schluß: Hat irgendein Unterhändler bei Lohnverhandlungen schon einmal einen Unternehmer kennengelernt, der nicht vor dem Bankrott stand?

Und haben die Industriellen nicht massenhaft Geld für das Dinko, für alle möglichen reaktionären Bestrebungen, für Wissenschaftler, die sich als Arbeiterfeinde und Martyrder produzieren? Und was gilt die Wette: Wenn unsere notleidenden Kapitalisten morgen sämtliche Besitztümer und Unternehmungen der öffentlichen Hand angeboten bekommen, in kürzester Zeit ist das Geld zur Stelle. Sie würden aus ganz Deutschland eine einzige Aktiengesellschaft machen.

Die am lautesten über Kapitalmangel schreien, haben keinen Mangel an Kapital, auch dann nicht, wenn man abieht von der Tatsache, daß ein Kapitalist niemals Kapital genug hat.

Hat der Kampf der Arbeitgeber gegen die Verbindlichkeit von Schiedsprüchen eine Berechtigung?

Im vergangenen Jahre haben die Arbeitgeber in besonders starker Weise ihren Kampf gegen die Schlichtungsordnung und vor allem gegen die Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen geführt. Die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich damit, und in der „Arbeitgeber-Zeitung“, dem Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, wurde in mehreren Abhandlungen dazu Stellung genommen.

Auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform in der Zeit vom 24. bis 26. Oktober 1929 in Mannheim spielte die Frage der Reform des Schlichtungswesens eine Hauptrolle. Prof. Singheimer auf der einen und Prof. v. Deckerath auf der anderen Seite gaben ihren Standpunkt in Referat und Korreferat kund.

Bereichert wurden die Vorträge durch eine anregende Diskussion. Singheimer wies an der Hand einer Statistik nach, daß in der Zeit von 1924 bis 1928 die Zahl der Schlichtungsverfahren und die Zahl der erfolgten Verbindlichkeitsklärungen eine auffallende abwärtsgehende Linie zeigten.

Zweifel trafen auf in der Diskussion unter Hinweis darauf, daß mit der Zahl der Fälle ja noch nichts bewiesen sei, man müsse wissen, wer der Auftragssteller gewesen ist und wieviel Beschäftigte von den einzelnen Anträgen auf Verbindlichkeit betroffen werden.

Soweit unser Verbandsgebiet in Betracht kommt, soll den Zweiflern etwas geholfen werden. Ich schicke hierbei voraus, daß Singheimer seine Statistik soweit gar nicht ausdehnen konnte, weil ihm die Unterlagen dazu fehlten. Die nachstehenden Zahlen sind von mir auf der Tagung des Verbandsrates bekanntgegeben worden und können bis ins einzelne erläutert werden. Zugrunde gelegt sind alle tariflichen Abschlüsse in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. Oktober 1929.

Ich beschränke mich bei der Bekanntgabe auf die Tätigkeit der vereinbarten und staatlichen Schlichtungsstellen — deren Ergebnis — von welcher Seite wurden die Schiedsprüche angenommen — wer hat die Verbindlichkeitsklärung beantragt — führte die Verbindlichkeitsklärung zur Einigung der Parteien oder zur Verbindlichkeitsklärung des Spruches.

Demnach ergibt sich für die bereits genannte Zeit folgendes:

In Rahmen unseres Verbandsgebietes wurden die vereinbarten und staatlichen Schlichtungsstellen angerechnet:

von Arbeitnehmern		von Arbeitgebern		von beiden Parteien		von Amts wegen	
Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.
179	126 926	7	71 028	32	233 706	—	—

Ergebnis der Schlichtungsstellen:

Verbindlichkeitsklärung		Schiedsprüche	
Jahre	Beschäftigte	Jahre	Beschäftigte
81	58 157	175	335 223
31,6%	12,87%	68,36%	87,13%

Die gefällten Schiedsprüche wurden angenommen:

von Arbeitnehmern		von Arbeitgebern		von beiden Parteien		von keiner Partei	
Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.
33	28 636	26	183 778	198	122 540	3	8 569
21,7%	19,9%	14,5%	45,7%	51,7%	31,1%	1,7%	2,1%

Die Verbindlichkeit der Schiedsprüche wurde beantragt:

von Arbeitnehmern		von Arbeitgebern		von Amts wegen	
Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.	Jahre	Beschäft.
38	28 636	26	183 778	3	8 569
58,7%	22,0%	33,0%	67,8%	4,8%	3,1%

Die Verhandlungen führten zur:

Einigung d. Parteien		Verbindlichk. d. Spruches	
Fälle	Beschäft.	Fälle	Beschäft.
87	78 284	80	195 799
66,92%	27,70%	44,78%	72,92%

Das Ergebnis dieser Statistik zeigt mit Deutlichkeit, daß diejenigen, die gegen die Zwangsmassnahmen des Staates protestieren, in stärkerer Weise selbst diese Zwangsmassnahmen beantragen und verlangen und von der Verbindlichkeitsklärung den größten Vorteil haben. Während die Verbindlichkeit von Schiedsprüchen von der Arbeitnehmerseite nur für eine Beschäftigtenzahl von 78 688 gefordert worden ist, haben die Arbeitgeber die Verbindlichkeit für 183 778 Beschäftigte beantragt. (Von Amts wegen 8 569.) In Prozentzahlen ausgedrückt haben demnach die Arbeitnehmer für 29,02 Prozent und die Arbeitgeber für 67,82 Prozent der Beschäftigten Antrag auf Verbindlichkeit gestellt. (Von Amts wegen 3,16 Prozent.)

Draufschrei kann sich gar nicht besser ergeben, daß die Parteien selbst die Notwendigkeit der Schlichtungsinstanzen anerkennen und daß die Unternehmer daran am stärksten beteiligt sind. Nicht allein die Notwendigkeit der Schlichtungsinstanzen ist daraus zu erkennen, sondern auch die Tatsache, daß der Staat die Möglichkeit zur etwaigen Verbindlichkeitsklärung eines Spruches haben muß. Wenn man in fortwährend starker Weise gegen die Schlichtungsinstanzen, vor allem gegen die Verbindlichkeit von Schiedsprüchen wehrt, müßte man doch konsequent auch durch seine Haltung beweisen, daß die Verbindlichkeit nicht gewünscht wird. Die Praxis zeigt das Gegenteil bei den Unternehmern.

R. Müller.

Menschwerdung des Proletariats.

Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Witz des Gedankens gründlich in diesen neuen Volkstypen eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation des Deutschen zum Menschen vollziehen.

Karl Marx.

Die Wirtschaft 1929.

Der Zwang, die wirtschaftlichen Vorgänge schärfer zu beobachten, tritt namentlich in diesem Jahre sehr klar zutage. Er liegt in den Zeitereignissen begründet. Denn kaum hat das neue Jahr begonnen, dann sitzen die Staatsmänner Europas wiederum im Haag zusammen, um den Schlußstrich unter die Reparationslösung endgültig zu ziehen. Erst dann wird die Bahn frei werden, die die Wirtschaft Europas von dem Zwange befreit, der mehr als 15 Jahre nach diesem schicksalreichen Erdteil gelegen hat. Wird sich nach dieser Lösung eine Zusammenarbeit auf besserer und aussichtsreicherer Stufenleiter vollziehen, dann wird in der Tat ein neues Zeitalter in der Geschichte der Menschheit anbrechen.

Die Entnerung der Unternehmer hat die Krise verschärft.

Eigenständige Massenstimmungen sind es, die den Verlauf der Wirtschaft beeinflussen und die Konjunkturschwankungen mehr oder weniger vertiefen. Noch niemals, vielleicht von den schwärzesten Tagen der Inflation abgesehen, hat eine solche Verzweiflung in Deutschland geherrscht wie gegenwärtig. Die „Frankfurter Zeitung“ trifft das Richtige, wenn sie in ihrem Wirtschaftsrückblick (Nr. 958) schreibt: „Schwarzmalerei und Pessimismus. Verzweiflung und Verdrossenheit herrschen in einem Umfange vor, welcher der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zeit zum Verhängnis werden kann.“ Das Blatt geht dann auf die Gründe dieser Mißstimmung ein und stellt fest, daß die Schuld an der Entnerung des deutschen Unternehmers liegt. Eine Hypochondrie (krankhafte Schwermütigkeit) lasse auf den Nerven unserer Wirtschaftsführer; das Gegenteil sei in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall, wo Regierung und Unternehmertum gemeinsam sich der Wirtschaftskrise entgegenstemmen, um den Hochschwung der Wirtschaft weiter aufrecht zu erhalten. Es ist dem oben zitierten Blatt auch darin zuzustimmen, wenn es in diesem Zusammenhang schreibt: „Bei uns überbieten sich manche Syndizii in einem Zusammenbruchsjargon, der kaum irgendwie in der Welt seinesgleichen kennt. . . . Bei uns gilt es beinahe auch als vaterländische Pflicht, die Elendschälmei zu blasen, obwohl sich die Reparationsgläubiger durch noch so ehrliche Nachweise dieser Art noch nie haben erweichen lassen, wie sich in Paris aufs neue gezeigt hat, wo doch im wesentlichen nur Konzessionen in den Zahlen gegen Konzessionen in den Zahlungsbedingungen ausgehandelt wurden. Solche Bemühungen können dafür den eigenen Plan. Die gesundeste Konstitution erträgt es auf die Dauer nicht, anschlüssig mit düsteren Prophezeiungen gequält zu werden, ohne schließlich als malade imaginaire für wirkliche Krankheiten eine übernormale Empfänglichkeit zu bekommen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns besinnen und aufhören, durch Essenskonsum des Vertragens in die eigene Kraft zu untergraben.“ Wenn sich die deutschen Unternehmer, die sich selbst als die „Führer der Wirtschaft“ betrachten, auch in der Zukunft als zu schlapp ansehen, die nicht ganz ohne ihre Schuld herbeigegeführten Schwierigkeiten zu überwinden, dann sollen sie gefälligst abtreten und anderen, nerkraftstärkeren Leuten die Führung überlassen. Die Gewerkschaften werden es an nichts fehlen lassen, stärker als bisher als Dränger und Mahner auf den Plan zu treten. Denn letzten Endes wird die Existenz der deutschen Arbeiterklasse sehr wesentlich von dem Verlauf der Wirtschaft berührt.

Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Im verfloßenen Jahre war der Arbeitsmarkt nicht unwesentlich schlechter als im Jahre zuvor. Das Durchschnittsmaß der Arbeitslosigkeit hat sich seit 1928 ständig gehoben. Eine Erscheinung von Bedeutung sind die steigenden Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Kurve der Arbeitslosigkeit bewegt sich in jedem Auf- und Ab. In den letzten acht Vorkriegsjahren bewegte sich die Kurve der Arbeitslosigkeit in Prozenten der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 1,5 als Mindestmaß und 4,8 als Höchstmaß. Die Schwankungsbreite betrug also 3,3 v. H. In den fünf Nachkriegsjahren seit der Stabilisierung betragt aber das Mindestmaß 2,5 und das Höchstmaß 22,6 v. H. Mitin ist die Schwankungsbreite auf 19,1 v. H. angewachsen. In dieser Gegenüberstellung zwischen Freisetzung und Beschäftigung von Arbeitskräften zeigen sich deutlich die veränderten Verhältnisse.

Der Konjunkturzyklus wird immer kürzer und löst das stoßweise Anschwellen und Wiederabflauen des Beschäftigungsgrades aus. Die Rationalisierung der Produktion ist als einer der Gründe anzusehen. Die Schwankungen des Arbeitsmarktes gehen aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

	Hauptunterstützungsempfänger Arbeitslosenversicherung	Krisenunterstützung	Gewerkschaftsmitglieder v. H.	Arbeitslose Kurzarbeiter v. H.
Januar	2 246 000	145 359	19,4	8,2
April	1 125 988	198 780	11,1	6,6
Juli	719 499	153 095	8,6	6,5
August	725 757	157 245	9,0	6,7
September	748 810	161 635	9,6	6,5
Oktober	889 492	171 642	11,0	6,7
November	1 200 396	186 683	13,8	7,3

Anfang des Jahres wurde die Arbeitslosigkeit von der abnormen Witterung sehr stark beeinflusst und lag im Jahre 1929 höher als 1928. Während im verfloßenen Jahre bereits im Juli der Tiefstand der Arbeitslosenzahl erreicht war, trat 1928 erst im September ein Aufschlag ein. Bei alledem muß allerdings beachtet werden, daß 1929 rund 380 000 neue Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt erschienen. Dieser Zugang von Arbeitskräften konnte nur zu einem Teil von der Wirtschaft aufgesaugt werden. Im Durchschnitt war die Arbeitslosigkeit um 200 000 höher als 1928. Wenn dies auch feststeht, so ist das Ausmaß der Produktion trotzdem mindestens so hoch wie 1928 gewesen. Das Konjunkturinfinitum nimmt sogar an, daß die Gütererzeugung im ganzen größer gewesen ist als im Jahre zuvor. Rückgänge in einzelnen Teilen der Wirtschaft wurden durch Produktionssteigerungen in anderen Wirtschaftszweigen mehr als ausgeglichen. Die Produktionsgüterindustrien zeigen eine in der letzten Jahreshälfte abwärts gerichtete Neigung. Der Rückgang der Beschäftigten in der Verbrauchsgüterindustrie ist zum Stillstand gekommen.

Die Produktion der Schlüsselindustrien.

Als Entlastungsmoment der Wirtschaftsverflechterung wird die außerordentlich hohe Beschäftigung im Bergbau und in der eisenhaltenden Industrie angesehen. Der Kohlenbergbau hat im Jahre 1929 fast durchgängig eine gute Konjunktur zu verzeichnen gehabt. Im Bergbau war der Beschäftigungsgrad nur bis auf 97,7 je 100 Gewerkschaftsmitglieder gesunken gegen 88,6 der Produktionsgüterindustrien insgesamt. Die nachstehende Übersicht vermittelt ein Bild vom Verlauf der Produktion in den Schlüsselindustrien:

	Steinkohle in Millionen Tonnen	Braunkohle in Millionen Tonnen	Roh Eisen in Millionen Tonnen	Rohstahl in Millionen Tonnen	Produktionsindexzahl 1924/26 = 100
Januar	13,5	14,8	1,1	1,5	123,4
April	13,4	14,2	1,1	1,4	128,7
Juli	14,4	14,9	1,2	1,5	121,7
Oktober	14,8	16,0	1,2	1,4	126,9
November	—	—	1,1	1,2	—

Die Menge der vorgenannten Produkte zählt zu den höchsten der Nachkriegszeit. Sie geht sogar über die Ergebnisse des letzten Vorkriegsjahres hinaus. Die Rohisenerzeugung der Vorkriegszeit verhält sich im jetzigen Reichsgebiet zu der gegenwärtigen Erzeugung wie 100 : 119; bei der Steinkohle ist das Verhältnis 100 : 114. Diese Ergebnisse werden mit bedeutend weniger Arbeitskräften erzielt. Hier liegt der Schlüssel zu der hohen Arbeitslosigkeit. Wie die Produktion insgesamt aber gewachsen ist, zeigt die oben mitgeteilte Produktionsindexzahl.

Im November wurden im Baugewerbe noch 71 v. H. Vollbeschäftigte gezählt gegen 81 v. H. 1928. Von den Verbrauchsgüterindustrien stand die Lederwarenindustrie mit 73,4 v. H. im November am tiefsten. Dann folgt die Schuhindustrie mit 76,7 v. H. usw. Die stärkere Ausführfähigkeit reichte bei den meisten Zweigen der Fertigungsindustrie nicht aus, um die Schrumpfung auf dem Inlandsmarkt auszugleichen.

Warenerkehr und Umsatzentwicklung.

Der auch im Jahre 1929 anhaltende Wachstumsprozeß der Wirtschaft hat auch einen stärkeren Warenbedarf zur Folge gehabt. Dementsprechend sind auch die Umsätze gestiegen. Der Warenumschlag ist ebenfalls auf einer hohen Stufe geblieben. Von 1927 auf 1928 stiegen die gesamten volkswirtschaftlichen Umsätze um 14 bis 15 Milliarden Mark; von 1928 auf 1929 ist eine Steigerung um nur 1 bis 2 Milliarden Mark eingetreten. Es hat also eine erhebliche Verlangsamung stattgefunden. Um ein genaues Bild zu geben, wollen wir auch hier eine entsprechende Zusammenstellung folgen lassen:

	Reichsbahn Wagenstellung	Warenumsätze der Konsumvereine je Mitglied in Mark
Januar	129 800	81,8 Mill. Tonnen
April	157 200	37,5 Mill. Tonnen
Juli	156 200	38,7 Mill. Tonnen
Oktober	165 000	42,1 Mill. Tonnen
November	164 900	—

Die arbeitstägliche Wagengestellung der Reichsbahn hat eine Steigerung erfahren. Auch gegenüber dem Vorjahre ist keine Verminderung eingetreten. Die beförderten Güter zeigen durchschnittlich höhere Zahlen. Die durchschnittlichen Wochenumsätze des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine weisen ebenfalls eine Steigerung auf. Die diesbezüglichen

so zehret er mit dir und bekümmert ihn nichts, daß du verdirbst. Wenn er dein bedarf, kann er dich sein lassen, und lächelt dich an, verheißt dir viel und gibt dir die besten Worte und spricht: bedarfst du etwas? — Und ladet dich einmal oder dreimal zu Gast betrüglisch, bis er dich um das deine bringe, und spottet dein zuletzt. Und wenn er gleich deine Not sieht, läßt er dich doch fahren und schüttelt den Kopf über dich. Darum siehe zu, daß dich deine Einfältigkeit nicht betrüge. Wie die Hyäne mit dem Hunde sich gefellei, also auch der Reiche mit den Armen. Wie der Löwe das Wild frisst in der Heide, so fressen die Reichen die Armen. Ein jeglicher Tier hält sich zu seinesgleichen, und jeglicher Mensch zu dem, der ihm am nächsten ist.

Auf diesen Waberspruch haben wir bereits in der vorigen Verammlung hingewiesen, als Beweis dafür, daß der Fabrikarbeiterverband nichts Unchristliches begehrt, wenn er die Arbeiter und Arbeiterinnen ermahnt, sich ihren organisierten Arbeitsbrüdern anzuschließen deshalb, weil sie alle arm sind und gemeinsam dem Ziele zustreben, aus der Not und dem Elend befreit zu werden. Denn sie wollen: Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!

Förderung der Bauwirtschaft.

Am 20. Dezember 1929 haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund sich mit folgender Denkschrift an den Reichsarbeitsminister gewandt:

Das deutsche Volk steht seit mehr als einem Jahrzehnt unter dem Druck verschärfter Wohnungsnot. Zur Zeit beläuft sich der Fehlbestand an Wohnungen auf mehr als eine Million. Zwar sind in den letzten Jahren erfolgreiche Anläufe zur Verringerung dieses Defizits zu verzeichnen. Aber das Absinken der Konjunktur, die Verringerung des ausländischen Kapitalzuflusses sowie die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Körperschaften drohen den Umfang des Wohnungsneubaus wieder empfindlich einzuschränken.

Diese Tatsachen beeinträchtigen auch den Bau industrieller Anlagen.

Die Anspannung der öffentlichen Finanzen führt schließlich zur Verminderung der Bauaufträge von Behörden. Das Sparprogramm des Deutschen Städtefages, dem sich der Reichsstädtebund angeschlossen hat, läßt die Gefahren erkennen, die dem Baumarkt im nächsten Jahre auch von hier aus drohen.

Die Abschwächung, die bereits in diesem Jahre im Vergleich zum Vorjahre stattgefunden hat, ist unverkennbar. Sie drückt sich am deutlichsten im Beschäftigungsgrad der Bauarbeiter aus. In keinem einzigen Monat des laufenden Jahres hat die Beschäftigung der Bauarbeiter den Stand des Vorjahres auch nur annähernd erreicht; in den letzten Monaten ist die Arbeitslosigkeit bis fast auf das Doppelte des Vorjahres gestiegen.

Die Bauindustrie ist ein Grundpfeiler der Gesamtwirtschaft. Nach der Statistik der Berufsangehörigen zählte sie im Jahre 1928 mehr als 2 Millionen Beschäftigte. Ihre Jahresleistung wird auf 9 Milliarden Reichsmark veranschlagt. Nach den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung beruht die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber den Abschwächungstendenzen der letzten Zeit außer auf der günstigen Gestaltung der Absatz nur auf der günstigen Verfassung des Baumarktes. Jede Einschränkung der Bauwirtschaft muß sich also in der gesamten Wirtschaft besonders schwer fühlbar machen. Darans ergibt sich, daß die Bauwirtschaft mit allen Mitteln gefördert werden muß.

Die Aussichten des Baumarktes im nächsten Jahre sind infolge der Schwierigkeiten, die der Beschaffung langfristigen Bankkapitals entgegenstehen, sehr trübe. Diese Schwierigkeiten bestehen zwar schon seit einiger Zeit, sind aber bisher noch nicht voll zur Auswirkung gelangt. Die Bauwirtschaft konnte in diesem Jahre noch auf einem verhältnismäßig günstigen Stande gehalten werden, weil ihre Finanzierung z. T. auf Sätzen beruhte, die aus dem Vorjahre und den Anfangsmonaten dieses Jahres stammten. Der Anfall der seit einigen Monaten in dem Einlagenzuwachs bei den Sparkassen und in dem Eingang neuer Mittel bei den Realakreditinstituten eingetreten ist, wird erst in Zukunft voll zur Auswirkung kommen. Auch bei den Landesversicherungsanstalten wird sich die Schwierigkeit, Renteinsparungen in dem gewohnten Ausmaß vorzunehmen, erst im kommenden Jahre voll bemerkbar machen. Im laufenden Jahre konnten sie trotz der ihnen vom Reich ausgesetzten 164-Millionen-Anleihe die Bauwirtschaft noch recht auf fördern, weil die im Vorjahr zugesagten Beträge zum großen Teil erst in diesem Jahre in Anspruch genommen wurden. Der Rückgang der Bauwirtschaft droht also viel schroffer zu werden, als aus dem bloßen Vergleich der für die Bauwirtschaft maßgebenden Zahlen anzunehmen ist.

Wir haben unsere Forderungen zur Bau- und Wohnungswirtschaft in programmatischen Richtlinien wiederholt dargelegt. Es sei auf unsere Denkschriften vom November 1926 und Januar 1928 verwiesen.

Die bedrohliche Lage des gesamten Baumarktes zwingt uns aber, darüber hinaus Vorschläge zu machen, die uns geeignet erscheinen, die für das nächste Jahr zu erwartende weitere Zuspitzung der Verhältnisse zu verhüten.

I.

Die Bauwirtschaft wird gegenwärtig besonders durch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von ersten Hypotheken gequält.

Alle seit die Hergabe von ersten Hypotheken in Betracht kommenden Institute sollen daher angehalten werden, ihr Hauptaugenmerk auf die Verrentung von Bankkapital zu richten.

Zu einzelnen machen wir folgende Vorschläge:

1. a) Die Norm für Hypothekendarlehen der Sparkassen beträgt zur Zeit 40 v. H. des Sparzulagenbestandes. Diese Norm ist bereits im Vorjahre überschritten worden, ohne daß die Liquidität der Sparkassen beeinträchtigt worden wäre. Die Anleihegrenze kann daher ohne weiteres erhöht werden.
- b) Solange die angespannte Situation auf dem Baumarkt anhält, sollen die Sparkassen einen noch größeren Teil ihres Einlagenzuwachses für den Ausbau von Wohnungen verwenden.
- c) Die Sparkassen, die in ihrem eigenen Bezirk nicht genügend Kapitalverfügbarkeiten im vorerwähnten Sinne haben, sollen ihre überschüssigen Mittel durch Vermittlung der Girozentralen an Orten mit besonders großem Hypothekenbedarf zur Verfügung stellen.

2. a) Eine stärkere Heranziehung einzelner Sozialversicherungsanstalten zur Finanzierung des Wohnungsbaus erscheint möglich. Bei der besonders schwierigen Lage des Baumarktes sollten sie überflüssige im kommenden Jahre weitestgehend im Wohnungsbau investieren werden.
- b) Es ist bedauerlich, daß das Reich der Invalidenversicherung im Rechnungsjahr 1929 die ihr zukunftsweisend z. T. in höherer vorerwähnten Schiedscheiden geleistet hat. Gegen eine Wiederholung dieses Vorganges müssen wir entschieden Verwahrung einlegen.

3. a) Die Privatversicherungsanstalten, auch diejenigen des öffentlichen Rechts, müssen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verpflichtet werden. In Anlehnung an die Denkschrift des Reichsbundes zur Reform des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen fordern wir vom Reichsarbeitsminister für Privatversicherungen den Erlass von Vorschriften, die eine Verpflichtung zur Finanzierung des Wohnungsbaus durch Verrentung der Zulagen in ersten Hypotheken und Pfandbriefen bis zu einer bestimmten Grenze ansetzen.
- b) Im diesem Anhalten eine gewisse Befreiung der Anlage-möglichkeiten zu gewähren, ist dabei auf die Förderung des landwirtschaftlichen Wohnungsbaus und der industriellen Aufstockung hinzuwirken.

II.

Die Wohnungswirtschaft leidet auch in hohem Maße an der Aufschwüchung durch die öffentliche Hand. Sie würde wesentlich

gemildert, wenn die seit langem von uns erhobene Forderung nach Aufstellung eines langfristigen Bauprogramms durch gestärktes Weiterwirken der Hauszinssteuer gestützt würde.

- Wir fordern deshalb:
- a) Die Hauszinssteuer oder eine etwa an ihre Stelle tretende Gebäudezinssteuer muß für mindestens 10 Jahre sicher gestellt werden.
 - b) Aus der Hauszinssteuer (Gebäudezinssteuer) müssen höhere Beträge als bisher dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.
 - c) Die Erträge und Rücklässe aus Hauszinssteuerhypotheken sind restlos dem Wohnungsbau zuzuführen. Eine Verwendung dieser Beträge für Verwaltungszwecke widerspricht dem Sinne der Steuer.

III.

Die seit langem erhobenen Forderungen und die jetzt einsetzenden Bestrebungen der Reichsregierung, bei der Vergebung von Bauaufträgen der öffentlichen Hand saison- und konjunkturausgleichend zu wirken, sind für den Baumarkt von besonders großer Bedeutung. Diese Aufgabe der öffentlichen Hand wäre vielleicht erfolgreicher durchzuführen, wenn der Beginn des Haushaltsjahres der öffentlichen Körperschaften verlegt würde. Es ist deshalb in Erwägung zu ziehen, ob eine Verlegung auf den 1. Juli zweckmäßig wäre. Sie hätte zur Folge, daß die ersten Bauarbeiten für öffentlichen Bauten in den Herbstmonaten zur Verfügung stehen, also in einem Zeitpunkt, in dem die Bauwirtschaft zurückzugehen pflegt. Das Ende des öffentlichen Baujahres würde dagegen in eine Zeit fallen, in der die sonstige Bauwirtschaft sich bereits belebt hat.

Die Befolgung der vorstehenden Gesichtspunkte ist unserer Ansicht nach geeignet, den drohenden Rückgang der Bauwirtschaft im kommenden Frühjahr zu mildern.

Es muß jedenfalls mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der deutsche Kapitalmarkt, besonders bei der augenblicklich beengten finanziellen Lage der öffentlichen Körperschaften, zur Finanzierung der Bauvorhaben nicht ausreichen wird.

Deshalb legen wir nach wie vor den größten Nachdruck auf die Forderung, daß die Aufnahme von Auslandskrediten zur Ergänzung des inländischen Kapitalmarktes nicht erschwert, sondern im Gegenteil gefördert wird.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
 Grafmann.
 Allgemeiner freier Angestelltenbund.
 Aufhäuser.
 Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
 Falkenberg.

Eine Zahlstellenleiterkonferenz für Gau 7

fand am 7. und 8. Dezember 1929 in Leipzig statt. Die Konferenz war zugleich eine Jubiläumstagung infolge des 25-jährigen Bestehens des Gaus 7.

Vertreten waren sämtliche 31 Zahlstellen mit 105 Delegierten, darunter 2 Vertreter des Hauptvorstandes, 2 Vertreter des Keramischen Bundes und 7 Vertreter des Gauvorstandes und Gauarbeiters.

Kollege Hüppner (Dresden) verwies auf die reichhaltige, gedruckt vorliegende Jubiläumsschrift. Er gedachte mit Dank des verstorbenen ersten Gauleiters Neuring sowie der verstorbenen früheren Mitarbeiter des Gaus.

Zu dem heutigen Gau 7 gehörten früher die jetzigen Gaus Schlesien und Thüringen, deren Loktrennung 1906 bzw. 1911 erfolgte. Seit dem Bestehen des Gaus ist ein stetiges Wachsen der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Den Rückschlüssen der Kriegszeit folgte ein Aufstieg in der Revolutionszeit mit 102 000 Mitgliedern. Dem Rückgang der Inflation folgt seitdem wieder ein ständiger Aufstieg, so daß heute eine Mitgliederzahl von 67 000 zu verzeichnen ist und Sachsen den stärksten Gau im Reiche bildet.

Hierauf gibt der Kollege Hüppner den Geschäftsbericht des letzten Jahres. Circa 22 Verträge wurden von uns und 15 von Unternehmerseite gekündigt. Außer einem Falle sind Verträge mit Verbesserungen abgeschlossen worden, in 23 Fällen auf dem Wege der Verhandlungen und in den übrigen Fällen durch die Schlichtungsorgane. Die sächsischen Löhne bilden mit Ausnahmen heute die Spitzenlöhne der gesamten Industrie unseres Verbandsgebietes. Eine Frauenkonferenz mit anschließender Werbemasche war der Aufsicht zur Vorbereitung. Eine Frauenagitationskommission wurde gebildet. Auch bei den Betriebsräteahlen ist eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Von den gewählten Betriebsräten im Gau gehören 92 Prozent unserer Organisation an. Der finanzielle Stand der Lokalkasse ist günstig. Schuldnerzahlstellen sind nicht mehr vorhanden. Eine weniger günstige Entwicklung erfährt die Schaffung von Jugendgruppen infolge der Erschwerung der Jugendarbeit unter den ungelerten Arbeitern. Die meisten Zahlstellen haben ihre Jugend den Jugendgruppen der Ortskartelle angeschlossen.

Kollege Griesbach gibt anschließend den Bericht über die Gaukasse und über die Beitragsleistung im Gau 7. Letztere kann als durchaus befriedigend angesehen werden. Im Anschluß an diesen Bericht skizziert Kollege Griesbach die Tarifbewegung in den chemischen und Weißwäschereien und in der feinkeramischen Industrie und die Einführung des Bedarfsystems in einigen Betrieben.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schumann (Leipzig), Henschel (Döbeln), Herin (Bautzen), Seltmann (Glauchau), Grafe (Dresden), Mager (Dresden), Siegmund (Chemnitz).

Die Diskussion bewegte sich in den Grenzen des Geschäftsberichtes und der allgemeinen Verbandsfrage.

Kollege Parhich (Hannover) schildert den Charakter und den Zweck des Bedarfsystems an Hand gemachter Erfahrungen und unsere Einstellung zu demselben.

Kollege Thiemig (Hannover) geht besonders auf die Organisationsarbeit unter den Frauen ein. Er kritisiert, daß die Frauen zur Organisationsarbeit zu wenig herangezogen werden und dieser Frage nicht die Bedeutung zugemessen wird, die den weiblichen Mitgliedern unserer Organisation zahlenmäßig zukommt. Beschickung der Verbands- und Wirtschaftsschulen mit Arbeiterinnen sei geboten, um die Mitarbeit zu befähigen.

Der zweite Sitzungstag bringt ein außerordentlich instruktives Referat des Kollegen Parhich (Hannover) über das Wesen der amtlichen und tariflichen Schlichtungsinstanzen.

Wenn die Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter Einfluß auf die Arbeitsverträge und Arbeitsfassung gewonnen habe, so ergäbe sich hieraus auch die Stellungnahme der Arbeiter zum Staat an sich und umgekehrt.

Die Konferenz beschließt, daß sie mit dem Referenten einer Auffassung ist.

Kollege Hüppner berichtet noch über eine Reihe Streitfälle, die Störung des Organisationslebens zur Grundlage haben. So vor allem die Befolgung der Leitung in der Zahlstelle Waldheim und die Beschickung des kommunistischen Gewerkschaftskongresses.

Die Kollegen Schaar (Radeberg), Ludwig (Waldheim), Pyrrhus (Radeberg) und Rose (Penig) berichten in diesem Sinne aus ihren Zahlstellen.

Kollege Thiemig (Hannover) geht besonders auf die Fragen des Kollegen Pyrrhus ein, ob Ausschüsse von Delegierten zum komm. Kongress berechtigt seien. Seine Ausführungen gehen dahin, daß in den Gewerkschaften die Kritik nicht entbehrt werden kann, sie müsse aber als Grundlage die Stärkung der Organisation haben. Die Kritik müsse in den Grenzen der Tragbarkeit bleiben und dürfe nicht verhängend wirken. Hier müsse gesagt werden, daß die Wildsamkeit des Hauptvorstandes groß gewesen sei, daß aber das Maß in einer Reihe von Fällen, so in der Frage Waldheim und auch Beschickung des kommunistischen Gewerkschaftskongresses mit Kollegen unserer Organisation, überschritten sei. Es kann in den Gewerkschaften nicht zweierlei Leitungen geben, und Ausschüsse derjenigen, die gegen die Satzungen der Gewerkschaften verstoßen, sind gerechtfertigt.

Die nächste Konferenz findet in Riesa statt. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Konferenz geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Braunschweig. Karl Berndt. Ein guter Mensch, der Kassierer unserer Zahlstelle, ist nicht mehr. Im Alter von fast 57 Jahren ist er am 2. Januar verschieden. Mit ihm ist wieder ein Kollege dahingegangen, der, seit Jahrzehnten in der Bewegung stehend, mit ihr verwachsen war. Berndt ist am 22. Januar 1873 in Prenzlau geboren, erlernte das Weißgerberhandwerk, trat 1900 der Sozialdemokratischen Partei bei, gehörte von 1902 bis 1909 dem Aufsichtsrat des Konsumvereins Eilenburg an; von 1909 bis 1912 war er Aufsichtsrat und Vorsitzender des Konsumvereins Braunschweig; seit 1920 war er auch Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Braunschweig. Außerdem gehörte er dem Ortsausschuß Braunschweig des ADGB an. Eine aufreibende, umfangreiche nebenamtliche Tätigkeit hat Berndt mit Liebe zur Sache und aus innerer Überzeugung übernommen. Hauptberuflich war Kollege Berndt seit dem 1. Mai 1909 Kassierer unserer Zahlstelle Braunschweig. Er war ein pflichtgetreuer Sachwalter dessen, was ihm die Mitgliedschaft anvertraut hatte. Die Zahlstelle Braunschweig verliert in Berndt einen treuen, uneigennütigen Berater, einen guten Kollegen. Sein Andenken wird nicht nur in der Zahlstelle, sondern auch im Gesamtverband in Ehren gehalten werden.

Heilbronn. Dreißigjahrfeier und Jubilarehrung. Nach drei Jahrzehnten mühseliger Arbeit darf wohl ein Augenblick den Männern gewidmet sein, die 25 und mehr Jahre den Aufbau der Organisation mit vollzogen haben. Für die Jubilare war es sicher eine große Ehrung, als sie am 26. Dezember den großen Jubel von Verbandsmitgliedern und Angehörigen beobachteten konnten. Welch ein Unterschied offenbart sich in der Zeitspanne von 25-30 Jahren. Damals Gründung des Verbandes im kleinen rauchgeschwängerten Lokal, heute die Fester im festlich dekorierten Saal. Dazu die äußere Aufmachung. So wie die Organisation wuchs und sich ausbreitete und ihr Wesen sich geistig vertiefte, so haben auch die Kulturorganisationen der Arbeiterchaft gewaltige Fortschritte zu verzeichnen. Mit reichem Beifall wurde der gemischte Chor des „Volkshor Heilbronn“ für seine großartigen Darbietungen belohnt. Herr Erb, vom Stadttheater Heilbronn, mußte immer und immer wieder dem Beifall der Festversammlung sich beugen und trotz der Anstrengungen sich zu immer neuen Tenorsoli hergeben. Das soziale Bild „Zu alt“ wurde von den Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle wirklich gut vorgelesen, und mancher alte Kollege konnte Tränen nur mit Mühe unterdrücken. Die Turnerinnenabteilung des Turnvereins „Jahn“ führte den Anwesenden eindrucksvoll vor Augen, welche wichtige Funktion der Arbeitersport in der Arbeiterkultur zu vollführen hat. Die Ehrung der 20 Jubilare vollzog der Gauleiter Kollege Wörner. Seine Festansprache war vollendet und wichtig. Der Koll. Wörner war zur Jubilarehrung der rechte Mann. Verbinden doch die Jubilare noch die Schicksalsfäden aus den Anfangsjahren unserer Zahlstelle.

Die Zahlstellen Stuttgart, Karlsruhe, Mühlacker und Gerabronn hatten Delegierte entsandt, die den 20 Jubilaren die Glückwünsche überbrachten. Der Hauptvorstand und die Zahlstellen Offenburg, Waldshut, Singen am Hohentwiel und Baienfurt übermittelten Glückwünsche. Vom Hauptvorstand erhielten die Jubilare eine prächtige Widmung in Lederband. Der Verband der Fabrikarbeiter hat mit dieser Veranstaltung den Beweis erbracht, daß der Aufstieg der Arbeiterchaft auch in geistiger Beziehung große Fortschritte erzielt hat.

Zum Schluß darf auch noch an die Kapelle Maier gedacht sein, die manches alte Jubelpaar mit ihren Weisen zum Tanze locken konnte.

Ausgeschlossen

wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3 des Verbandsstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Hamburg: Frieda Sacke, Buch-Nr. 905 774; Fritz Schulz, Buch-Nr. 928 572; August Ströblein, Buch-Nr. 905 225.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5, des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Selb (Oberfr.): Luise Geier, Mitgl.-Nr. 93 477.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3d des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Selb (Oberfr.): Franz Wohlmann, Mitgl.-Nr. 970 167.

Literarisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Monatshefte für die fachtechnische und handwerkliche Fortbildung der holzverarbeitenden Berufe. Jedes Heft 24 Seiten Text und Abbildungen auf Kunstdruckpapier. Vierteljährlich eine Vierfarbendrucktafel. Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. durch die Post bezogen oder direkt von der Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Betriebsrat, Ratgeber über das Betriebsrätegesetz für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber, von Friedrich Kleis, Bürgermeister in Alsterleben. (Heft 19 von Wordels Schlüsselbüchern.) 40 Seiten. Verlag Friedrich A. Wöhrle, Leipzig G 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebefellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Das Tarifvertrags- und Schlichtungswesen, Ratgeber über die Festlegung kollektiver Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber, von Bürgermeister Kleis. (Heft 20 von Wordels Schlüsselbüchern.) 40 Seiten. Verlag Friedrich A. Wöhrle, Leipzig G 1, Königstraße 26B. Einzelpreis 70 Pf., bei Partiebefellungen von 10 Stück an Ermäßigungen.

Chemische Industrie

Das Bedaur-System

erweckt immer mehr Aufmerksamkeit in Interessentenkreisen. Wir begrüßen das, denn durch eingehende Studien wird der Unwert oder gar die Schädlichkeit des Systems für die Arbeiter bald offenkundig werden. Auch der Vorteil für die Unternehmer ist stark problematisch, da durch das Bedaur-System bedeutende Erweiterungen der Lohnberechnungsabteilungen notwendig werden und an verschiedenen Arbeitsstellen sich jetzt schon gehäuft Erkrankungen bemerkbar machen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die stärkere Inanspruchnahme der Arbeitskräfte zurückzuführen sind, wodurch auch der Arbeitsprozeß gestört wird.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 28. Dezember 1929 berichtet, daß sich in Deutschland verschiedene Körperschaften bzw. Vereinigungen mit dem Bedaur-System beschäftigt haben, wobei das Problem des „gerechten Lohnes“ eine Rolle gespielt hat. In einer objektiven Darstellung nennt die „Bergwerks-Zeitung“ das Bedaur-System ein Verfahren zur Arbeitszeitermittlung und Leistungskontrolle,

wobei die körperliche und geistige Anstrengung besonders berücksichtigt wird. Der Hauptunterschied gegenüber anderen Rationalisierungssystemen besteht nach der „Bergwerks-Zeitung“ darin, daß die Bedaur-Ingenieure sich nicht um die in den einzelnen Werkstätten vorhandenen Fertigkeitmethoden bekümmern. Sie beschränken sich in allen Fällen darauf, zu analysieren, ob und wieviel der Faktor „Mensch“ allein oder mit Hilfe maschineller Einrichtungen das leistet, was er nach Maßgabe der gegebenen Umstände leisten sollte. Ferner gibt das System Mittel an die Hand, die Arbeitsintensität mehrerer Betriebe mit verschiedenen Einrichtungen direkt miteinander zu vergleichen.

Um dies zu können, folgert die „Bergwerks-Zeitung“, hat man eine Einheit geschaffen, die mit „B“ bezeichnet wird. Sie stellt die Arbeit dar, die ein „normaler“ Mensch unter „normalen“ Bedingungen mit „normaler“ Geschwindigkeit einschließlich der erforderlichen Erholungszeit in einer Minute leisten soll; sie kann gewissermaßen als theoretische Arbeitsminute bezeichnet werden. (Die „B“ sind von uns eingegüft worden.)

In dem Aufsatz wird also die von uns vertretene Ansicht deutlich unterstrichen, daß es sich beim Bedaur-System um subjektive Feststellungen der Bedaur-Ingenieure handelt, die jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehren. Bisher hat noch niemand einen „Normalmenschen“ fest umreißen können. Dieser fiktive Normalmensch der Bedaur-Ingenieure wird wiederum zu fiktiven Normalbedingungen und ebenso fiktiver Normalgeschwindigkeit in Beziehungen gesetzt und daraus ein angeblich wissenschaftliches System aufgebaut.

Weiter sagt die „Bergwerks-Zeitung“ aber ausdrücklich, daß der Grad der Schnelligkeit und Anstrengung durch subjektive Schätzung des Bedaur-Ingenieurs festgelegt wird.

Und an anderer Stelle wird (ebenfalls in Fettdruck) zum Ausdruck gebracht:

Aus erzieherischen Gründen werden die Leistungen der einzelnen Arbeiter und auch der ganzen Abteilungen durch Anschlag bekanntgegeben.

Die „Bergwerks-Zeitung“ unterstreicht damit unsere Ansicht, daß Bedaur alle Mittel anwendet, um sein System erfolgreich zu gestalten. Die öffentlichen Anschläge erlauben wir uns als Antreiberien schlimmster Art zu bezeichnen, weil sie eine Wirkung auf das Seelenleben der Arbeiter ausüben sollen.

Als wichtiger Faktor wird auch von der „Bergwerks-Zeitung“ festgehalten, daß bei richtiger Anwendung des Bedaur-Systems im Durchschnitt von den Arbeitern 80 B in der Stunde erreicht werden können, wobei die über die Normalleistung von 60 B geleistete Arbeit mit nur 75 Prozent des Wertes vergütet wird.

Wie so bei einer wissenschaftlich festgesetzten Arbeitsleistung im Durchschnitt 33% Prozent mehr zu leisten sind, wird auch von der „Bergwerks-Zeitung“ nicht aufgeklärt.

Es werden dann die kritischen Betrachtungen von Dr. Bramesfeld (Darmstadt), Professor Hennig (Hannover) und W. Haupt (Hannover) aus dem „Reichsarbeitsblatt“ zusammenfassend behandelt mit dem Ergebnis, daß diese Abhandlungen eine endgültige Klärung über das Wesen und die Zweckmäßigkeit des Bedaur-Systems nicht gebracht haben. Auch die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure im Verein Deutscher Ingenieure hat sich schon eingehend mit der Frage des Bedaur-Systems befaßt und einige Sprechabende darüber abgehalten. Da es jedoch immer noch an einwandfreien Unterlagen über dieses System mangelt, verfaßt der Hauptanschluß des IWB, solche Unterlagen gemeinsam mit dem Referat von den Ortsgruppen zu sammeln.

Warum stellen denn die Bedaur-Ingenieure das Material dem Verein Deutscher Ingenieure nicht zur Verfügung?

W. Haupt.

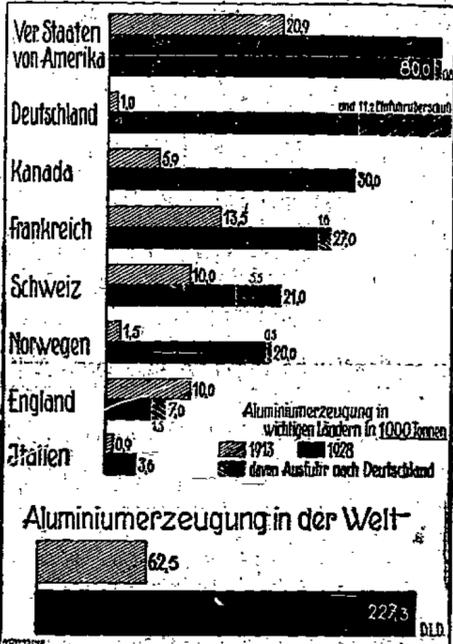
Falsche Berichterstattung der Lindström AG. an die Öffentlichkeit.

In der Nr. 48 des „Proletariats“, Jahrgang 1929, brachten wir einen kurzen Bericht unter der Überschrift „Was geht bei der Lindström AG. vor?“. Tatsache ist, daß damals der Aktienkurs der Lindström-Aktien um 50 Prozent gefallen war. Zu gleicher Zeit verbreitete sich die Nachricht, daß die Firma beabsichtigte, 600 Arbeitern ihres Unternehmens zum

1. Januar zu kündigen. Motiviert wurde diese Arbeiterentlassung mit der Begründung, daß ein überreicher Lagerbestand vorhanden sei. Die Firma, die zuerst jede Auskunft verweigert hatte, hat sich überraschend schnell besonnen und nachträglich die Öffentlichkeit dahingehend instruiert, daß von hohem Lagerbestand und Arbeiterentlassungen keine Rede sei. Der Geschäftsgang sei zufriedenstellend, die Firma arbeite mit Hochdruck. Diese Nachricht ging durch fast alle Tageszeitungen, und wir knüpfen daran zugunsten der Arbeiter die Meinung, daß keine Entlassungen statzufinden brauchen.

Leider werden wir jedoch aus den Reihen unserer Kollegen belehrt, daß dieses Dementi der Firma nicht zutrifft. Trotz ihrer Versicherungen der Öffentlichkeit gegenüber, daß Arbeiterentlassungen nicht erfolgen würden, haben bereits am 29. November 1929 Stilllegungsverhandlungen stattgefunden, wobei der Antrag der Firma auf Entlassung von 600 Arbeitern vorlag. Wenn die vorgeschlagenen 600 Mann auch nicht alle entlassen sind, so ist doch festzustellen, daß der größte Teil dieser Arbeiter zur Entlassung kam. Wenn die Firma in ihrem Bericht das Vorhandensein größerer Lagerbestände bestritten hat, so muß demgegenüber festgestellt werden, daß gerade der große Lagerbestand das Hauptargument war, das die Firma zur Begründung der Arbeiterentlassungen ins Feld führte. Für die Firma Lindström AG. scheint es somit zweierlei Wahrheit zu geben, eine, mit der man vor der Öffentlichkeit die Wirkung der Kursrückgänge abschwächen will, also eine glänzende Fassade vorkaufst, und eine zweite Wahrheit, die leider unsere Kollegen in dem Betriebe in Gestalt von Entlassungen bitter zu spüren bekommen.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich, wie vorsichtig man Veröffentlichungen von Industrieunternehmen in bezug auf ihren Wahrheitsgehalt gehen muß. Wenn die Firma Lindström glaubt, daß derartige Methoden geeignet sind, das Vertrauen der Öffentlichkeit ihr gegenüber besonders zu stärken, so befindet sie sich auf dem Holzwege. R. Seeger.



Die Aluminiumerzeugung in den wichtigsten Ländern.

Die Aluminiumerzeugung kommt in den nächsten Tagen vor den Reichstag. Daher ist es von Interesse, einmal zu sehen, wie die Verhältnisse auf dem Aluminium-Produktionsmarkt liegen. In Deutschland liegt die Aluminiumproduktion zum größten Teil in Händen reichsweiser Betriebe und die deutsche Aluminiumindustrie ist auch führend in dem internationalen Aluminiummarkt. Selbst der amerikanische Wellontrust hat sich der deutschen Hegemonie auf dem internationalen Markt unterworfen, da er seine riesigen Produktion gut im eigenen Lande unterbringt. Die Einfuhr in Deutschland ist noch ganz beträchtlich, zum großen Teil aus der Schweiz. Es müßte aber doch möglich sein, die deutsche Produktion so zu steigern, daß wir davon unabhängig sind.

Aus der chemischen Industrie Rußlands.

Einige interessante Mitteilungen über die chemische Industrie Sowjetrußlands entnehmen wir der Nr. 101, Jahrgang 1929, der „Chemiker-Zeitung“. Danach zählte die chemische Industrie Rußlands im Jahre 1928 43 Betriebe mit 16 672 Arbeitnehmern. Die Verteilung der einzelnen Betriebe und Arbeiter ergibt sich aus der nachfolgenden Aufstellung:

Betrieb	Anzahl der Betriebe	Arbeiterzahl einschl. Hilfsarbeiter
Ukraine insgesamt	12	8024
und zwar:		
Sauerstoffwerk in Dnepropetrowsk	1	49
Kijew	1	44
Odesa	2	40
Chemisches Werk des Zuckertruffs	2	367
Truff „Chimugol“ (kohlenchem. Produkte)	3	6390
Werk in Serowka	2	799
Weitere Werke	1	335
Weißrußland:		
Werk in Homel	1	88
Transkaukasien:		
Truff Asnapha Baku	1	127
Akt.-Ges. „Rogas“	1	26
Karbidwerk Eiba	1	70
Großrußland (Moskau, Petersburg, Wolga, Sibirien usw.)	27	3337
und zwar:		
Dofschewerk Tscherkassy	1	4
Zerilstruff Iwanowo-Wosnessensk	1	233
Werk in Kostroma	1	64
Chemietruff, Petersburg	2	1131
Kombiniertes Gaswerk, Petersburg	2	253
Truff chemischer Grundstoffe, Moskau	7	1003
Verjuchwerk, Moskau	1	130
Wandmetallwerk, Magitry	1	116
Rordischer Chemietruff	7	5275
Rordkaukasischer Struff, Koflow am Don	3	26
Chemische Fabrik Wladimir	1	102

Mit dieser Arbeiterschaft wurden im Jahre 1928 in 4 090 000 Arbeitstagen folgende Produkte hergestellt: 294 684 Tonnen Säuren, 284 777 Tonnen Alkalien (darunter 207 271 Tonnen kalzinierte Soda und 55 287 Tonnen kaustische Soda), 149 555 Tonnen Superphosphat und 120 589 Tonnen Salze u. a. im Gesamtwerte von 81 138 000 Rubel. Das ergibt umgerechnet zu einem Kurse von 100 Rubel = 216 Mk. einen Erzeugungswert von 175 258 000 Mk. Wenn man Vergleiche zieht mit Vorkriegspreisen, so käme rein wertmäßig der Betrag von 49 040 000 Rubel = 105 926 000 Mk. in Betracht. Die Herstellung chemischer Grundstoffe hätte sich also gegen 1914 um 65,5 Prozent verteuert.

Nach amtlichen Angaben beträgt gegenwärtig der Preisindex in Rußland (1914 = 1,00) für chemische Grundstoffe 1,68. Im freien Handel sollen Chemikalien, wie Borax, Salmiak, Schwefel und Salzsäure usw., das Acht- bis Elftfache des Friedenswertes kosten und sogar bei dieser hohen Preislage nur in ganz unzureichenden Mengen, ja zuweilen gar nicht zu beschaffen sein.

Der Arbeitslohn in den chemischen Betrieben soll 1928 durchschnittlich 73,79 Rubel = 158,35 Mk. monatlich, 3,10 Rubel = 6,70 Mk. je Tag und 0,45 Rubel = 0,97 Mk. je Stunde betragen haben. Jedoch müssen hierbei die hohen Zwangsabzüge für Propaganda, Anleihe, Rot Front, Internationale Arbeiterhilfe usw. berücksichtigt werden, die etwa 27 Prozent des Lohnes ausmachen. Dem steht gegenüber, daß für lebenswichtige Bedarfsartikel, Webwaren, Schuhe, Stahlwaren usw. sowie auch für viele Lebensmittel Preise verlangt werden, die oft das Vielfache der deutschen Warenpreise betragen.

Aus alledem ergibt sich, daß die chemische Industrie Rußlands sowohl nach Umfang, als auch nach Art der Produktion und nicht zuletzt durch die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter einen für Rußland sehr geringen Umfang hat. Es ist deshalb verständlich, daß Rußland heute die größten Anstrengungen macht, um in der chemischen Industrie mit allen Mitteln vorwärts zu kommen. Die chemische Industrie Rußlands genügt heute nicht den allerbescheidensten Ansprüchen, die an sie gestellt werden. In diesem Sinne wird der Fünfjahresplan der Sowjetregierung verständlich, der sich zur Aufgabe macht, eine ungeheure Steigerung der Produktionsstätten der chemischen Industrie vorzunehmen und die Erzeugung von chemischen Grundstoffen und Fertigfabrikaten mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der Fünfjahresplan steht zunächst auf dem Papier. Bei der praktischen Durchführung wird Rußland manche harte Nuss zu knacken bekommen, denn gerade in der chemischen Industrie spielen Erfahrung und Sachkenntnis, die nur durch jahrzehntelange Vertrautheit mit chemischen Vorgängen erworben werden können, eine große Rolle. Das, was heute der deutschen chemischen Industrie zur Verfügung steht, ein jahrzehntelange geschultes Heer von Chemikern, Technikern und Arbeitern und eine hochentwickelte Technik des Apparatebaues, muß Rußland sich erst noch in größerem Maßstabe erwerben.

Aber auch auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der russischen Chemiearbeiter wirkt das obenstehende Zahlenmaterial ein interessantes Licht. Von einem Paradies der russischen Chemiearbeiter ist herzlich wenig zu verspüren. Vergleichen wir die Arbeitslöhne und die Arbeitsverhältnisse, so ergibt sich, daß die deutschen Chemiearbeiter keine Ursache haben, sich vor ihren russischen Kollegen zu verstecken.

Daß in der russischen Industrie, namentlich in der Chemie, nicht alles Gold ist, was glänzt, macht ihr kein vernünftiger Mensch zum Vorwurf. Die Tatsache aber, daß wider besseres Wissen aus einer schwermühten, um ihren Aufstieg kämpfenden Industrie potemkinsche Dörfer für deutsche Chemiearbeiter hervorgezaubert werden sollen, ist es, die uns immer wieder zwingt, die wahren Verhältnisse in der russischen Industrie unseren Kollegen vor Augen zu führen.

R. Seeger.

Stilllegung einer Titanweißfabrik.

Das Titanweiß soll als giftfreie Farbe das Bleiweiß verdrängen. Nach wissenschaftlicher Auffassung besitzt Titanweiß alle dem Bleiweiß nachgerühmten guten Eigenschaften. In Deutschland wurde Titanweiß in größerem Umfange durch die Deutsche Gasglühlicht-Auer-Gesellschaft hergestellt. In neuerer Zeit hat die J.-G. Farbenindustrie ebenfalls die Herstellung von Titanweiß übernommen, ob nach demselben Verfahren, wie bei der Auer-Gesellschaft, ist nicht bekannt geworden.

Jetzt teilt die Deutsche Gasglühlicht-Auer-Gesellschaft der interessierten Öffentlichkeit mit, daß sie beschlossen hat, einige Abteilungen ihrer Betriebe stillzulegen, darunter auch die Titanweißfabrik. Angeblich soll dieser Betrieb unrentabel gearbeitet haben.

Uns ist bekannt, daß die Deutsche Gasglühlicht-Auer-Gesellschaft bisher auf dem deutschen Titanweißmarkt führend gewesen ist. Wir wissen aber auch, daß die J.-G. Farbenindustrie sich nur dann auf Gebiete wagt, wenn sie nach menschlichem Ermessen Erfolg versprechen. Da Titanweiß von der J.-G. Farbenindustrie nicht nur verjuchweise hergestellt worden ist, haben wir seit längerer Zeit bezweifelt, daß sich die beiden Gesellschaften als Konkurrenten auf dem Titanweißmarkt halten können. Wenn jetzt die Fabrik der Auer-Gesellschaft zum Erliegen kommt und als Ursache der Stilllegung Unrentabilität angegeben wird, kann das den Tatsachen entsprechen, denn die J.-G. Farbenindustrie hat sicher bessere Produktionsmöglichkeiten. Titanweiß wird aber im steigenden Maße als weißer Außenfarbstoff verlangt, so daß also mit einer Zukunft dieser Farbe zu rechnen ist. Uns will scheinen, daß die Auer-Gesellschaft von der J.-G. Farbenindustrie nicht niederkonkurriert ist, sondern daß durch Verhandlungen der J.-G. Farbenindustrie die alleinige Herstellung von Titanweiß übertragen wurde, wobei sicher eine gebliebene Abfindung in Frage kommt. Die Unrentabilität der Titanweißfabrik wird von der Auer-Gesellschaft wahrscheinlich nur als Rechtfertigung der Öffentlichkeit gegenüber vorgegeben. Die Mitteilung, daß für die arbeitslos werdenden Angestellten und Arbeiter ein namhafter Betrag bereitgestellt ist, um ihnen den Übergang in eine andere Beschäftigung möglichst zu erleichtern, läßt darauf schließen, daß diese Mittel von anderer Seite, in diesem Falle also von der J.-G. Farbenindustrie, kommen. Die Stilllegung dieser Fabrik stellt für die J.-G. Farbenindustrie wieder eine Nachverwertung auf ihrem Produktionsgebiet dar. W. Haupt.

Papier-Industrie

Allgemeiner Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung, e. V.

Am 14. Dezember 1929 wurde in Charlottenburg der Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung, e. V., gegründet. Die Geschäftsstelle dieser neuen Arbeitgeberorganisation befindet sich in Charlottenburg, Preußenallee Nr. 42. Geschäftsführer der neuen Organisation ist der frühere für die deutsche Papierzeugungsindustrie in Köln a. Rhein tätig gewesene Syndikus Dr. Fritz Coerper. Als erster Vorsitzender des neuen Arbeitgeberverbandes tritt der Vorsitzende der Vereinigung der Industriellen von Düren und Umgebung, Herr Dr. Max Renker (Düren), und als zweiter Vorsitzender der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Tapetenindustriellen, der Tapetenfabrikant Hugo Rasch, auf. Ferner gehört dem Gesamtvorstand der Tapetenfabrikant August Hölcher in Firma Norddeutsche Tapetenfabrik Hölcher u. Breimer in Langenhagen bei Hannover an.

Der eigentliche Zweck dieser sonderbaren Gründung ergibt sich aus den in Nr. 102 der „Papierzeitung“, Jahrgang 1929, veröffentlichten Richtlinien dieses Verbandes, die folgendermaßen lauten:

Richtlinien.

1. Der Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung steht mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände grundsätzlich auf dem Boden des Tarifgedankens; im Gegensatz zum Api will er jedoch dem Grundsatz des freien Tarifvertrages in der deutschen Papierverarbeitung allgemeine Anerkennung und Geltung verschaffen.
2. Der Verband steht, ebenfalls in Übereinstimmung mit sämtlichen Organen der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, auf dem Standpunkt, daß die Tarifpolitik ein unfaugliches und durchaus unzulässiges Mittel im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf ist; er bekämpft daher nicht nur den staatlichen und gewerkschaftlichen, sondern auch jeden von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber ausgeübten Tarifzwang.
3. Die Form der tariflichen Regelung, d. h. die Frage, ob die Tarife zentral oder regional oder auch betrieblich, ob sie ausschließlich sachlich oder auch für bestimmte Arbeitgebergruppen gemischt-gewerblich abzuschließen sind, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage, die jede schematische Lösung ausschließt. Darum muß es jedem Arbeitgeber und jeder Gruppe von Arbeitgebern grundsätzlich freigestellt bleiben, in welcher Form sie die tarifliche Regelung für ihre Betriebe durchführen wollen.
4. Zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen schließen sich die Arbeitgeber im Rahmen des Gesamtsachverbandes zu Fach- und Bezirksgruppen zusammen, um als Tarifträger selbständig unter Mitwirkung des Gesamtsachverbandes und im engen Einvernehmen mit den zuständigen gemischt-gewerblichen Bezirksorganisationen die erforderlichen Tarifverträge abzuschließen.
5. Die Einzelmitglieder, die auf Grund besonderer Betriebsverhältnisse den bezürlichen Fachgruppen, soweit sie sich als selbständige Tarifträger organisiert haben, nicht angeschlossen sind, schließen, erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Gesamtverband und den zuständigen bezürlichen Fach- und gemischt-gewerblichen Gruppen, eigene Werkstarife ab.
6. Der Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung setzt als Gesamtverband seine Bezirks- und Fachgruppen und seine Einzelmitglieder in der Weise zusammen, daß ein enges reibendes „Zusammenwirken der einzelnen Gruppen untereinander und mit dem Gesamtsachverband in allen Fällen gemeinsamen Handelns, insbesondere gegenüber den Gewerkschaften, zu jeder Zeit und in jeder Form, wie es jeweils nach der tatsächlichen Lage geboten erscheint, gewährleistet ist. Die Bildung von Sachvergemeinschaften nach dem Beispiel anderer Industrien soll angestrebt werden.“

Aus Punkt 1 der Richtlinien ergibt sich selbst für den Uneingeweihten mit aller Deutlichkeit die Tatsache, daß es sich bei der Gründung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung um eine von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zwangsläufig aufgelegene Konkurrenzorganisation des Arbeitgeberverbandes der Papierverarbeitenden Industriellen handelt. Auf die Ursachen dieser Gründung kommen wir noch zurück. Wenn im Punkt 2 der Richtlinien hervorgehoben wird, „daß die Tarifpolitik ein unfaugliches und durchaus unzulässiges Mittel im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf ist“, so steht diese Auffassung im Widerspruch zu der Behauptung unter Punkt 1 der Richtlinien, daß der neue Arbeitgeberverband auf dem Boden des Tarifgedankens steht. Die Durchführung des Tarifgedankens erfordert nun einmal sogar eine sehr zielbewusste Tarifpolitik. Ohne Tarifpolitik dürfte Tarifabschlüsse kaum möglich sein. Infolgedessen ist jeder Arbeitgeberverband als Tarifkontrahent für die Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit, der, wie der neuangelegene Arbeitgeberverband der Papierverarbeitung, es nach Punkt 3 seiner Richtlinien seinen Mitgliedern vollkommen überläßt, ob die Tarife in ihren Betrieben zentral oder regional oder auch betrieblich oder ausschließlich sachgewerblich oder gemischt-gewerblich abzuschließen werden. Eine derartige Tarifregelung ist allerdings alles andere als Tarifpolitik. Das bezeugt auch Punkt 4 der Richtlinien, die es zulassen, daß außer dem neugegründeten Gesamtsachverband die Fach-, Bezirks- und örtlichen Arbeitgeberverbände im Tarifwesen herummurken können. Noch toller ist aber Punkt 5 der Richtlinien, der es sogar einzelnen Mitgliedern zuläßt, selbst bei einem Bestande von Reichs-, Bezirks- oder Ortsstarifen noch besondere Werkstarife abzuschließen. Das sollte bei der ganzen Sache aber ist, daß der Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung sich darauf berufen kann, daß nicht nur seine Gründung, sondern auch sein Tarifhandlungsmodell die Zustimmung und Förderung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände findet. Er behauptet also damit Tarifpolitik — wenn dieser Ausdruck überhaupt noch angebracht ist — im Sinne der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Diese Vereinigung aber ist die Spitzenorganisation der in Deutschland vorhandenen Arbeitgeberverbände. Daraus ergibt sich, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände jetzt dazu übergeht, ihre Zustimmung — und vielleicht sogar auf ihre Anregung — zur Zerstückelung des ganzen Tarifwesens in der deutschen Republik zu geben, d. h. also nichts anderes, als eine Kampfanlage an alle Gewerkschaften auf der ganzen Linie. Die deutsche Arbeiterschaft wird infolgedessen in der kommenden Zeit noch manche Tarifkämpfe erleben können.

Der neue Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung umfaßt nach seinen eigenen Angaben bereits 100 Firmen mit etwa 800 Arbeitnehmern der Papierverarbeitungsindustrie, darunter auch den Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustriellen.

Zur Gründungsgeschichte dieses Arbeitgeberverbandes sei folgendes hervorgehoben:

Wir stehen seit 1919 resp. 1920 mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen (Api) im Tarifverhältnis für die deutsche Tapeten- und Wellpappenindustrie. Für beide Industriezweige wurden Mantel- und Reichslohntarife bis heute abgeschlossen. Kurz nach Beendigung der Inflation glaubte ein Teil der deutschen Tapetenfabrikanten unter der Führung des heutigen zweiten Vorsitzenden des neugegründeten Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung, Herrn Hugo Rasch (Wramsche), die Zeit für gekommen, nun wieder Tarifpolitik auf eigene Faust betreiben zu können, wobei man glaubte, unter Ausschaltung der Gewerkschaften Betriebsstarife mit Zustimmung der Arbeiterräte abschließen zu können. Diese Politik schlug fehl. Immerhin gelang es, begünstigt durch die Schlappheit des früheren Sachbearbeiters im Reichsarbeitsministerium, einem Teil Firmen in den Provinzen Hannover und Rheinland sowie im Freistaat Baden, sich vom Reichstarifvertrag für die Tapetenindustrie loszutrennen. Diese Loslösung wurde begünstigt, weil die frühere Reichsarbeitsverwaltung und die jetzige Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums immer wieder die genannten Provinz- und Landesstelle der deutschen Republik aus der beantragten Allgemeinverbindlichkeitserklärung herausnahm und dadurch jede geschlossene und vernünftige Tarifpolitik in der deutschen Tapetenindustrie unmöglich machte. Ähnliche Vorgänge haben sich auch im Buchbinder- und Papierverarbeiter Reichsarbeitsministerium, einem Teil Firmen in den Provinzen Hannover und Rheinland sowie im Freistaat Baden, sich vom Reichstarifvertrag für die Tapetenindustrie loszutrennen. Diese Loslösung wurde begünstigt, weil die frühere Reichsarbeitsverwaltung und die jetzige Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums immer wieder die genannten Provinz- und Landesstelle der deutschen Republik aus der beantragten Allgemeinverbindlichkeitserklärung herausnahm und dadurch jede geschlossene und vernünftige Tarifpolitik in der deutschen Tapetenindustrie unmöglich machte. Ähnliche Vorgänge haben sich auch im Buchbinder- und Papierverarbeiter Deutschlands zuständig ist.

Durch das Volk, für das Volk.

Alle diese Not, alle Ungerechtigkeiten und Unordnungen kommen nur daher, daß eine Klasse die Produktions- und Lebensmittel im Besitz hat und ihre Gesetze einer anderen Klasse und der ganzen Gesellschaft diktiert. Diese Oberhoheit einer Klasse muß also gebrochen werden. Die unterdrückte Klasse und damit zugleich die ganze Gesellschaft muß befreit werden. Der Klassenunterschied muß aufgehoben werden, indem man der Gesamtheit der Volksgenossen, der organisierten Gemeinschaft, den Besitz der Lebens- und Produktionsmittel überträgt, die heute in den Händen einer Klasse Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung sind. An Stelle der anarchischen und mißbräuchlichen Herrschaft einer Minderheit muß die allgemeine Genossenschaft der vereinigten Bürger gesetzt werden mit dem allgemeinen Besitz der Mittel zur Arbeit und zur Freiheit. Das ist das einzige Mittel, die Menschheit zu befreien. Und deshalb ist es das Hauptziel des kollektivistischen oder kommunistischen Sozialismus, das kapitalistische Eigentum in ein gesellschaftliches Eigentum zu verwandeln.

Jean Jaurès („Aus Theorie und Praxis“).

Nach jedem Tarifabschluß beantragten wir die Allgemeinverbindlichkeitserklärung bei der Reichsarbeitsverwaltung resp. bei der späteren Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums. Zuerst versuchten zirka 20 Tapetenfabrikanten einzeln unter der Führung eines Rechtsanwalts (Dr. Plugge) ihre Ansprüche gegen die beantragte Allgemeinverbindlichkeit geltend zu machen. Als wir die Aktivlegitimation dieses Rechtsanwalts bezweifeln, kam es zur Gründung des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Tapetenindustriellen, der sich seinerseits ebenfalls der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände anschloß. Aber auch dieser Arbeitgeberverband wollte nur, unterstützt von den örtlichen Arbeitgeberverbänden, Betriebs- und Werkstarife abschließen. Der Arbeitgeberverband der Deutschen Tapetenindustriellen mußte nun seinerseits seine Mitgliedschaft in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände dazu aus, den Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen zu zwingen, daß dieser seine eigenen Tarifabschlüsse mißachte und gegen die von den Gewerkschaften beantragte Allgemeinverbindlichkeit Stellung nehme. Aus Reinlichkeitsgründen lehnte der Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen den Prozeß gegen die von ihm selbst mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge ab. Da die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände aber vom Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen eine derartige sinnlose Stellungnahme verlangte, zog der Api seine Schlußfolgerungen und trat aus der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände aus. Damit aber war für die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände das Signal zum rücksichtslosen Kampfe gegen den Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen gegeben. Die am 14. Dezember 1929 erfolgte Errichtung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung ist der vorläufige Abschluß dieses Kampfes der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gegen den Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen. Man sieht also, daß die in der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände dominierenden Unternehmerrückenschwestern sich ebenfalls nicht scheuen, organisations sprengend und tarifstörend zu wirken, um nach ihrer Auffassung widerspenstige Arbeitgeberverbände nur deswegen zu zerstückeln, weil diese es wagen, die Tarifstreue hochzuhalten und die mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarife zu respektieren. Daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hinter dieser Gründung steht, beweist die Tatsache, daß Dr. Kemmer als Vertreter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände bei dieser Neugründung Parteistand.

Die wahrscheinlich bis dahin im Arbeiterlager noch einzig dastehende Art und Weise, in der noch vor der Gründung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung dessen bereits vorher bestellter Syndikus Dr. Coerper die Mitgliederwerbung für den neuen Verband annahm, führte zu heftigen Protesten in der

„Papierzeitung“. Wie Dr. Coerper — nach dem Bericht der „Papierzeitung“ — in der Gründungsversammlung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung am 14. Dezember 1929 hervorgehoben hatte, dieser mit dem zweiten Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes der Papierverarbeitenden Industriellen eine Aussprache, die dazu führte, „daß die bestehenden Gegensätze beiderseits mit möglichster Sachlichkeit überbrückt werden sollen. Dr. Coerper führte ferner aus, der Allgemeine Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung sei grundsätzlich bereit, in eine Aussprache der beiderseitigen Vorstände und Geschäftsführungen über die sachlichen Gegensätze einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Api sich grundsätzlich bereit erklärt, mit dem Allgemeinen Arbeitgeberverband der Deutschen Papierverarbeitung geschlossen gegen jeden neuen Antrag der Gewerkschaften auf Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Api-Tarife aufzutreten. Man ist also nur dann zu einer Verständigung mit dem Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen bereit, wenn dieser an sich selbst eine tarifpolitische Restriktion vornimmt.“

Man darf also gespannt sein, welche Stellung der Arbeitgeberverband der Papierverarbeitenden Industriellen zu diesem neuen Diktat der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes der Deutschen Papierverarbeitung einnimmt. Von der Stellungnahme des Api zu dieser Frage wird es wesentlich abhängen, wie die Einstellung der beteiligten Gewerkschaften zu dieser Streitfrage aussieht. Aber eins aber müssen sich auch Dr. Coerper und seine Nachläufer klar sein: daß die freien Gewerkschaften heute in Deutschland einen Machtfaktor darstellen, und daß man ohne Berücksichtigung dieses Machtfaktors Ruhe und Frieden in der deutschen Industrie nicht erreichen kann.

Wir haben bereits hervorgehoben, daß für unseren Verband in der Papierverarbeitungsindustrie die Arbeiterschaft der Tapeten- und Wellpappenfabriken in Frage kommt. Dazu gehören ferner die Arbeitnehmer in der Bunt-, Chromo- und Metallblattpapier-Industrie sowie in der Papierhilfsindustrie. Aufgabe aller unserer Mitglieder in den nächsten Monaten wird es sein, in diesen Industriezweigen eine lebhafteste Agitation durchzuführen, der in Frage kommenden Arbeiterschaft die entstehenden Gefahren vor Augen zu führen und durch Zuführung der Unorganisierten zum Verband eine geschlossene Front zu schaffen, die gewillt und in der Lage ist, nicht nur dieses Diktat der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände abzuwehren, sondern auch bei den kommenden Lohnbewegungen neue Erfolge herbeizuführen.

G. Stähler.

Die Firma Eichler u. Sühle (Zwickau) provoziert ihren Betriebsrat.

Die Betriebsleitung der Firma Eichler u. Sühle, Papierfabrik, verlangte von ihrem Betriebsrat die Zustimmung zur Durchführung ihres Betriebes am Sonntag, dem 22. Dezember 1929, ohne Bezahlung des tarifmäßigen Zuschlages für Sonntagsarbeit. Als „Entgegenkommen“ sollte der Betrieb, welcher ein Durchgangsbetrieb mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht ist, am 24. Dezember ruhen. Der Betriebsrat nahm pflichtgemäß eine Vertragung der Belegschaft vor. Das Ergebnis war, daß 80 Prozent der Belegschaftsmitglieder sich damit einverstanden erklärten, während 20 Prozent unter keinen Umständen auf den tariflichen Zuschlag für Sonntagsarbeit Verzicht leisten wollten. Aus diesem Grunde schloß sich der Betriebsrat gezwungen, der Betriebsleitung die Zustimmung zu verweigern. Die Handlungsweise des Betriebsrates war ohne Zweifel korrekt. Kein rechtlich denkender Mensch kann ihm zumuten, entgegen dem Willen eines Teiles der Belegschaft Tarifrechte preiszugeben. Es wäre unverantwortlich gewesen, wenn er anders gehandelt hätte.

Die Betriebsleitung denkt jedoch anders. Durch Anschlag im Betriebe gab sie der Belegschaft bekannt: „Der Betriebsrat hat seine Einwilligung zur Sonntagsarbeit verweigert und muß dementsprechend der Betrieb bis zum ersten Feiertag früh 6 Uhr ausreichtstillen werden.“

Durch diese Bekanntmachung will man den Betriebsrat bei einem Teil der Belegschaft mißkreditieren; denn man hat den Grund verschwiegen, warum die Zustimmung verweigert wurde. Das ist eine Provokation, die ihresgleichen sucht. Derjenige Teil der Belegschaft aber, der glaubt, dem Betriebsrat Vorwürfe machen zu müssen, weil er sich nicht dazu herbeilassen konnte, Tarifrechte der Arbeiterschaft preiszugeben, sollte endlich durch geschlossenes Handeln bestehende Tarifrechte nicht nur durchzusetzen, sondern zu verbessern suchen. Nur so wird es möglich sein, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern.

Nahrungsmittel-Industrie

Riesengewinne in Margarinekraft.

Über den Zusammenschluß der Margarineunion mit dem Levertkonzern bringt die „Margarine-Industrie“ einige nähere Angaben in einem längeren Artikel. Wir entnehmen diesem Artikel nachstehende Zahlen. Das Kapital der Union und der Levertgruppe wird zu Beginn des Jahres 1930 26 722 000 Pfund Sterling oder rund 584,5 Millionen Mark betragen. Das ausgegebene Kapital der Union Ltd. und der N. W. Margarine-Union und ihrer fünf Tochtergesellschaften beträgt nach derselben Quelle ohne Berücksichtigung der Aktien, die für die Levertgruppe ausgegeben werden, 87,5 Millionen Pfund Sterling oder rund 750 Millionen Mark. Nach Ausgabe der Aktien für die Levertgruppe wird das Kapital der gesamten Gesellschaft in den Haupt- und Tochtergesellschaften also noch erheblich höher sein, als hier angegeben ist.

In einer Sitzung teilte der Aufsichtsratsvorsitzende dann ferner folgendes mit:

Nach reichlichen Abschreibungen wird nach Zahlung der Dividende auf die Vorzugsaktien für 1929 ein Gewinn von etwa 3 250 000 Pfund Sterling verbleiben, was einer 20prozentigen Verzinsung auf das ausgegebene Stammkapital gleichkommt. Obwohl die von der Margarine-Union Ltd. und der N. W. Margarine-Union erworbenen Gesellschaften noch nicht voll zu den diesjährigen Ergebnissen beigetragen haben, hat das jetzige die erhofften Erfolge bei weitem übertraffen. Der Zusammenschluß mit Levert Brothers Ltd. bietet die Aussicht auf eine weitere Verbesserung der Rentabilität. Die Verwaltung betreibt eine stabile Dividendenpolitik, jedoch erwacht den Stammaktionären eine reichliche Entschädigung aus der von Zeit zu Zeit stattfindenden Ausgabe neuen Kapitals zu günstigen Bezugspreisen. Wenn sich die Bedingungen der allgemeinen Lage in der Welt geändert haben, so wird eine derartige Ausgabe erfolgen, deren Erlös benutzt werden soll, um alle schwebenden Verpflichtungen, die zur Finanzierung von Rohwarendordern eingegangen sind, abzudecken. Andere schwebende Verpflichtungen bestehen nicht. Die

Stammaktien, die an die Leverage zur Aufgabe gelangen, werden an dieser Emission nicht teilnehmen. Weitere Erhöhungen des Aktienkapitals sind, falls erforderlich, geplant. Die Verwaltung beschließt die Beibehaltung der Dividende von zehn Prozent. Eine Abschlagsdividende von vier Prozent wird am 17. Dezember 1929 zur Auszahlung gelangen.

Also nach Abzug der Dividende für die Vorzugsaktien ist mit einem Gewinn von 20 Prozent für Stammaktien zu rechnen. Aber der Zusammenschluß mit der Leverage, so sagt der Bericht, bietet Aussicht auf eine weitere Rentabilität. Der Zusammenschluß hat sich ja im vorigen Jahre kaum ausgewirkt. Demnach erwartet man in diesem Jahre evtl. eine noch höhere Gewinnquote als 20 Prozent. Vorsichtig, wie man ist, will man eine stabile Dividendenpolitik treiben; man will, wie es an anderer Stelle heißt, die Verteilung von 10 Prozent Dividende beibehalten. Die Aktionäre werden aber sofort getrübt; sie sollen dafür auf andere Art „reichlich entschädigt“ werden. Bei Ausgabe von neuen Aktien sollen sie diese zu günstigen Bedingungen erhalten, d. h. auf gut deutsch, man wird ihnen die neuen Aktien halb oder ganz umsonst zur Verfügung stellen, so daß sie dann auf diese Art zu ihrem Recht kommen.

Insgesamt betrachtet, besagen diese Mitteilungen, daß die Union Riesengewinne auf Kosten der Konsumenten erzielt hat. Die Union stellt neben Seife und Öl ein wichtiges Nahrungsmittel, die Margarine, her. Es ist ein Unterschied, ob derartig hohe Gewinne an Luxusgegenständen erzielt werden, auf die man eventuell verzichten kann, oder an Massenverbrauchsartikeln, auf die die Masse der Konsumenten bei der heutigen Fettknappheit nicht verzichten kann. Oft haben wir die Ansicht gehört, daß die Margarineindustrie der Wirtschaft im allgemeinen einen großen Dienst leiste, weil sie Speisefette aus Ölen herstelle, die billiger sind als Butter usw. Diese Mythen erhalten für die Konsumenten durch die erzielten hohen Gewinne einen recht bitteren Beigeschmack. Für die Arbeiterschaft der Margarineindustrie aber haben die Dinge noch eine andere Seite.

Gerade in letzter Zeit sind uns aus einer ganzen Anzahl Betrieben wieder die bittersten Klagen zugegangen, daß in den Konzernbetrieben die Arbeitskraft der Arbeiterschaft in schlimmster Art ausgenutzt wird. Nicht nur, daß die Betriebe ständig technisch umgestellt werden. Daneben soll auch aus der Arbeitskraft des einzelnen immer mehr herausgeholt werden. Es werden der Arbeiterschaft Leistungen zugemutet, die ihre Körperkräfte übersteigen. Brechen dann einzelne Arbeiter zusammen und werden krank, dann schimpft man über Simulantentum, das die Krankenkassen ausnutzt. Die Frage muß aufgeworfen werden, ob ein Konzern, der derartig hohe Gewinne aus dem Massenkonsum durch seinen Margarineabsatz herausholt, auch die bei ihm beschäftigten Arbeiter noch über das Menschenmögliche hinaus ausnützen muß, um eventuell, wie es in dem Bericht angedeutet wird, in diesem Jahr einen Gewinn erzielen zu können, der über 20 Prozent wesentlich hinausgeht. Die Arbeiterschaft in den Konzernbetrieben hat in den letzten Jahren viel über sich ergehen lassen müssen. Ein Betrieb nach dem anderen wurde stillgelegt. Dafür wurde die Produktion in immer weniger Betrieben zusammengedrängt und die Arbeiterschaft immer mehr angespannt. Die Geduld der Arbeiterschaft ist bereits zu Ende. Die Herren vom Konzern mögen den Bogen nicht überspannen.

Die beiden Konzerne — resp. die Union — haben in den letzten Jahren in Deutschland rund 22 Margarinefabriken und 8 Ölfabriken stillgelegt. Dazu kommen eine Reihe anderer Betriebe bzw. Grundstücke im In- und Ausland, die zum Teil ganz und zum Teil halb unbenutzt daliegen. Die Produktion der stillgelegten Betriebe ist von anderen Betrieben mit übernommen. Die Arbeiter dieser Betriebe wurden ersitzlos, das „tote“ Kapital aber wird aus den Mitteln der Union verzinst. Millionen werden für stillgelegte Betriebe ausgegeben; für heute dafür nur ein Beispiel: Die Hartog-Gesellschaft baute in den letzten Jahren am Niederrhein bei Cleve eine große, moderne Margarinefabrik. Der Betrieb dürfte Millionen kosten. Hartog wollte den Konzernen in Deutschland Konkurrenz machen. Nach unseren Informationen ist dieser Betrieb mit den modernsten Maschinen ausgestattet. Als der Betrieb fertig war, wurde die Produktion nicht aufgenommen. Die Hartog-Gesellschaft ging zu der Union über; der Betrieb ist nie eröffnet, aber die Union zahlt für das in den Betrieb gesteckte Kapital monatlich viele Tausende an Entschädigung. Ist das nicht wirtschaftlicher Wahnsinn? Man jammert über Kapitalnot, legt Kapital in Betrieben fest, die vollständig überflüssig sind, denn es gab in Deutschland Margarinefabriken genug, die den Bedarf decken konnten. Dann kommt eine große Gesellschaft her, übernimmt den Betrieb, zahlt dafür, daß die Produktion nicht aufgenommen wird, hohe Summen, und man redet dann wieder von der notwendigen Neubildung von Kapital.

Aber die Union kann sich derartige Dinge erlauben. Bei ihr kommt es ja auf ein paar Millionen nicht an; sie schwimmt im Gelde. Soweit aber die Arbeiterschaft in Frage kommt, da muß gespart und immer wieder gespart werden. Die Arbeiterschaft wird weiß über ihre Kräfte hinaus ausgenutzt; dafür dürfen aber die Konsumenten für teures Geld die Margarine der Konzerne verzehren, und zwar so lange, bis das Faß überläuft. E. Senfteil.

2. den Kampf der Thüringer Spielwaren-Industrie um Absatzmärkte und Erträge.

3. Umstellungen im Thüringer Spielwarenindustriegebiet. Das Ergebnis zum ersten Abschnitt ihrer Untersuchungen ist die Feststellung, daß seit 1913 Absatzerschwerungen auf allen Märkten eingetreten sind und daß innerhalb Deutschlands eine Reihe neuer Spielwarenindustriearbeiter entstanden sind, daß der Produktionspreis gesunken und der Rohstoffpreis gestiegen ist.

Die Untersuchungen über den zweiten Abschnitt ergeben die Forderung zur Senkung der Arbeits-, der Herstellungs-, der Rohstoff- und der Absatzkosten. Sie erfordern weiter die Nutzensteigerung durch Anpassung an die Bedürfnisse der letzten Käufer und an die Bedürfnisse der Verbraucher.

Nach Untersuchung des dritten Abschnitts wird gefordert: Ausgliederung von Arbeitskräften aus dem Industriegebiet und Ansiedlung im Thüringer Spielwarenindustriegebiet.

Der erste Abschnitt der Untersuchungen unterliegt der Zwangsläufigkeit der Verhältnisse. Es braucht deshalb über die Zusammenfassung kein Wort gesagt zu werden. Anders liegen aber die Verhältnisse bei den Untersuchungen in den Abschnitten 2 und 3. Da hätte die Verfasserin gut getan, wenn sie sich tatsächlich in eingehender Form mit den Verhältnissen in der Thüringer Spielwaren-Industrie befaßt hätte. Die aus anderen Hausindustrien herangezogenen Vergleiche mit den Arbeitskräften und Rechtsbegriffen müssen als gescheitert bezeichnet werden. Ebenfalls ist nicht geklärt warenausgang und Ansiedlung von Industrien im Spielwarengebiet und Ansiedlung von Industrien in das Spielwarengebiet. Beide Forderungen müssen unter den gegebenen Wirtschaftsverhältnissen im allgemeinen „fromme Wünsche“ bleiben. Wenn sich die Südtüringer Spielwaren-Heimarbeiter und auch zum Teil die Betriebsarbeiter an eine normale Arbeitszeit halten würden, dann wäre Arbeit für alle Spielwarenarbeiter nahezu für das laufende Jahr vorhanden.

Auf Seite 13 wird u. a. ein Zitat aus der Schrift Paul Arnolds: „Heimarbeiterland in Deutschland, 1927“, Seite 22, übernommen. Dieses Zitat ist dazu angetan, die thüringische Heimindustrie in einem vollständig falschen Licht erscheinen zu lassen. Das Zitat lautet:

Zur Heimarbeit sind auch diejenigen noch fähig, die jenes Mindestmaß von Kraft, die die Fabrik unbedingt verlangt, nicht auszubringen vermögen. In ihr finden die halben, zehntel Arbeitskräfte, die sonst überall zurückgewiesen werden, noch eine Betätigungsmöglichkeit.

Die Verfasserin scheint nicht bedacht zu haben, daß es sich in Thüringen um eine bodenständige Hausindustrie handelt, in welcher die Heimarbeiter berufsmäßig tätig werden. In dieser Hausindustrie sind Heimarbeiter aller Altersklassen tätig, und zwar nicht deshalb, weil sie in der Fabrik keine Arbeit mehr bekommen können, sondern deshalb, weil sie die Heimarbeit als Beruf ergriffen haben.

Auf Seite 14 der Schrift entnehmen wir nachfolgende Zeilen:

Nach Verlagsproduktion im Betriebe des Verlegers ist nicht selten die Augeninspektion Thüringens geben, selbst wenn sie in Fabriken arbeiten, ihre Selbstständigkeit nicht auf. Sie kommen und gehen, wann sie wollen, zahlen Meile für ihren Arbeitsplatz und bezahlen das bei der Arbeit verbrauchte Gas. Sie arbeiten häufig für mehrere Firmen.

Diese Feststellung nimmt wunder. Die Verfasserin scheint hier einer unrichtigen Berichterstattung zum Opfer gefallen zu sein. Die Behauptung, daß Augeninspektion, die in Fabriken arbeiten, ihre Selbstständigkeit behalten, hat von Finanzbehörden Verwendung gefunden. Diese unrichtige Behauptung ist im Rechtsmittelfahren durch das obere Verwaltungsgericht in Jena durch Urteil vom 25. September 1929 in dem Sinne geklärt worden, daß es im Betriebe weder Heimarbeiter noch Hausgewerbetreibende geben kann. Das ist in der Spielwaren-Industrie Wasserstranfen. In der Spielwaren-Industrie in Südtüringen arbeiten allerdings die Augeninspektion zum Teil gleichzeitig für mehrere Fabrikanten. Das ist der Typ der Hausarbeiter. Von einer Selbstständigkeit kann auch da nicht die Rede sein.

Auf Seite 15 nimmt die Verfasserin Stellung zu unserer Broschüre „Die Heimarbeit in der Spielwaren-, Karneval- und Blumen-Industrie nach dem Stande vom Frühjahr 1927“. Sie sagt:

Bei den postum von Brandel angegebenen Löhnen ist zu bedenken, daß es sich oft nicht um die Fabrikarbeiterlöhne, zum Beispiel der Eisenindustrie vergleichbare Männerlöhne, handelt, sondern um Frauenlöhne, die heute in der Regel niedriger sind als Männerlöhne, und um Kinder- und Greisenlöhne. Auch wo die Arbeit von Männern ausgeübt wird, ist zu bedenken, daß sie von Greisen und Kindern ausgeübt werden könnte.

Und weiter unten auf derselben Seite wird gesagt:

Auch die Tatsache, daß die Heimarbeit häufig Nebenbeschäftigung ist, die es mit sich bringt, daß ganz unregelmäßig gearbeitet wird, erschwert eine Kontrolle des Verdienstes der Heimarbeiter und die Umrechnung auf den Stundenlohn. Die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigung oder neben der hauptberuflichen landwirtschaftlichen Tätigkeit ausgeübter Spielwaren-Heimarbeit trägt dazu bei, daß sehr verschiedene Löhne gezahlt werden.

Beide Niederschriften sind typisch. Sie fragen das Merkmal alibekannter Gedankengänge über die Heimarbeit, hervorgebracht von Ideologen gutherigerlicher Prägung. Auf die Verhältnisse in der Thüringer Spielwaren-Industrie treffen sie nur ganz vereinzelt zu.

Brandel hat die Löhne von 168 Heimarbeiterfamilien untersucht. Dabei stehen 138 männlichen nur 30 weibliche Heimarbeiterkräfte gegenüber. Es kommt auch nicht in Betracht, daß von Kinder- und Greisenlöhnen gesprochen werden kann. Die Brandelschen Lohnuntersuchungen sind in der Hauptsache bei Personen vorgenommen, die im Alter zwischen 25 und 50 Jahren stehen. Das sind weder Kinder noch Greise, sondern vollwertige Arbeitskräfte.

Auch die Begriffsangabe der einzelnen Arbeitsgruppen in der Südtüringer Spielwaren-Hausindustrie ist von der Verfasserin in sehr kritische Formen gekleidet worden. Hausgewerbetreibende werden mit Fabrikanten auf eine Stufe gestellt, gleichzeitig aber auch mit Heimarbeitern. Ein Heimarbeiter kann nicht Hausgewerbetreibender sein oder umgekehrt. Wenigstens kann ein Fabrikant Hausgewerbetreibender sein oder der Hausgewerbetreibende Fabrikant. In dieser Frage vermissen wir in der Broschüre Sy die klare Linie. Sie läßt sich feststellen bei näherem Zusehen inmitten der Industrie, niemals außerhalb derselben. S. Elstein.

Rundschau.

Und sie reden von Werksgemeinschaft!

Der „Vorwärts“ Nr. 309 vom 5. Dezember 1929 brachte die folgende Zuschrift eines Werkmeisters, der in einem Großbetrieb der Berliner Metallindustrie beschäftigt ist:

„Es ist notwendig, daß man sich einmal mit der Menschenbehandlung in der Berliner Metallindustrie in aller Öffentlichkeit beschäftigt. Ungeahnter Aufstieg der Technik, höchste Wirtschaftlichkeit der Betriebe mit allen ihren Nebenerscheinungen zwingen den Werkmeister von heute als Dreißigjähriger zwischen Unternehmer und Arbeiter zu einer ganz anderen Lebensstellung.“

Wie sieht es mit der Arbeitsfreude in den Betrieben der Berliner Metallindustrie nun aus? Man kann getrost sagen, die Arbeiter — ob gelernt oder angelert — gehen zu 90 Prozent mit der größten Unlust zur Arbeit, die sie gleichgültig verrichten. Sie verfluchen das ganze Leben, ihr Dasein ist ihnen nichts. Die fortwährenden geschäftigen, unsachlichen Auseinandersetzungen mit dem Kalkulator oder Betriebsleiter sind nervtötend und hängen ihnen zum Halse heraus.

Der Enderfolg bleibt selten aus: Übergang zum Radikalismus, Terror, der Laden fliegt hoch.

Ich komme nun zum Kern meiner Skizze: Die Behandlung des Menschen. Die läßt sehr viel zu wünschen übrig. Vornehmlich in den Betrieben der Berliner Metallindustrie. Hier hat eine Lokart der vorher genannten Betriebsbeamten Maß gegiffen, die verschwinden muß. Aber endgültig verschwinden. Mit „Ochsen“, „Fünfminuten-Intelligenzen“, „Idioten“ oder „das Blut soll unter den Nägeln hervorlaufen“ usw. kann man einen Staat nicht regieren. Am allermeisten aber eine Gruppe Arbeiter, deren Arbeitszeiten bzw. Verdienste auf zehntel Minute gestoppt sind. Es ist notwendig, daß die Direktoren und Unternehmer bei der Auswahl des leitenden Betriebspersonals großen Wert darauf legen, ob dieses auch in der Lage ist, Menschen würdig zu behandeln.

Zur eine Behandlung, die auch die Menschenwürde achtet, gegenseitiges Vertrauen und Achtung verbürgen Freude an der Arbeit, höchste Leistungen und somit schließlich Leistungen, die die heutige Fachwissenschaft in die Sinne der neuen Generation hineinbringt.“

Unsere werksgemeinschaftlichen Unternehmerprofessoren fänden hier ein dankbares Arbeitsfeld, wenn sie den Herren Vorgesetzten einen „guten Ton“ beibringen wollten.

Literarisches.

Zum Jahrbuch des Arbeiterrates Groß-Hamburg 1929. Der Herrschaftscharakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird besonders deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, daß das Unternehmertum nicht nur ein Monopol an Produktionsmitteln besitzt, sondern auch ein Monopol an Informationsmitteln anstrebt. Obwohl beispielsweise die Industrie- und Handelskammern einseitig und ausschließlich aus Unternehmern zusammengesetzt sind, bilden ihre Gutachten und Mitteilungen immer noch die wichtigsten Unterlagen für die amtliche Wirtschaftspolitik und für die Bildung der öffentlichen Meinung über die Wirtschaftslage. Der Arbeiterrat Groß-Hamburg hat nun die besondere Aufgabe, dieser Seite gegenüber die Stimme der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Er ist ein halbamtliches Selbstverwaltungsgremium, dem die hamburgische Verfassung hinsichtlich der Gutachterfähigkeit ausdrücklich den gleichen Rang mit der Handelskammer zuweist. Sowohl für die engere Landesgesetzgebung und Landesverwaltung Hamburgs wie auch, was noch wichtiger ist, für die Stellungnahme Hamburgs im Reichsrat holt die hamburgische Regierung nicht nur die Handelskammer, sondern auch die Arbeiterratsgutachten ein. Das Jahrbuch ist eine Fundgrube von Material für alle an der Wirtschafts- und Sozialpolitik Interessierten, das international keinen Vergleich zu scheuen braucht. Es will aber nicht nur ein Nachschlagewerk für Referenten sein (obwohl es für alle, die vor den Gewerkschaftsversammlungen sprechen wollen, was denn im letzten Jahre geschehen sei, unentbehrlich ist), sondern mit dem Jahrbuch ist die Fibel für das volkswirtschaftliche Bildungswesen der Gewerkschaften geschaffen worden.

Paul Kampffmeyer: Ewald Bernstein und der sozialistische Aufbau. In seinem 80. Geburtsstage, 1930. Verlag: J. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin. (55 Seiten, 1,75 Mk. ord.) — In der vorliegenden Schrift kennzeichnet Paul Kampffmeyer an der Hand eines umfangreichen, zum Teil unveröffentlichten Materials das Werden des sozialistischen Theoretikers Bernstein. Durch gründliches Studium erstet Bernstein in seinem Kopfe den „eklektischen“, stark durch Lassalle und Müllring bestimmten Sozialismus durch den Marxismus. Eingehend behandelt dann Kampffmeyer die Entstehungsgeschichte des deutschen Revisionismus, aus dem das sozialistische Aufbauprogramm von Bernstein herausgeboren wurde, ein Programm, das sich erst vollkräftig nach einer revolutionären Umgestaltung des preussisch-deutschen Obrigkeitsstaates auswirken konnte. Die Diskussion um die Marxsche Katastrophentheorie war im Grunde ein Meinungsstreit um die Frage: Kann sich Deutschland nur mit der Revolution oder auch ohne diese demokratisieren und sozialisieren? Wirklich fruchtbar wurde das sozialistische Aufbauprogramm von Bernstein erst nach der Revolution. Jetzt ist es, wie Kampffmeyer nachzuweisen sucht, von höchster Aktualität. Alles in allem eine sehr zu empfehlende Schrift.

Staatsanwalt Dennoh, Roman von Hans Weinberg. Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Kart. 3,50, geb. 5 Mk. Er ist genau ein Mensch wie alle anderen, dieser Staatsanwalt, mit all den Schwächen und Fehlern seiner Mäntchen beschaff. Wenn wir ihn in der Robe vor uns sehen, scheint er ein anderes höheres Wesen zu sein, voll von Gerechtigkeit. Es gibt gute und böse Menschen, je nach Anlage, Ummelt und Erziehung, und es gibt genau ebensolche Staatsanwälte, die zum Verbrecher werden, wiederum genau wie andere Menschenkinder, und die Verbrecher sind keine, geachtete Leute, solange man ihre Verbrechen nicht kennt. Deshalb, du Staatsanwalt, sei Mensch gegen andere Menschen, die der Welt weiß wodurch „schuldig“ sind. Den schon guten Richter, wird der Roman Weinbergs erschüttern, und den nicht guten? Vielleicht möchte er Anklage erheben gegen einen Spiegel. Wenn die Richter Menschen sind, werden die Menschen besser. Der Roman Weinbergs will nur bessern, er will nur herausführen aus dem Mittelalter, in dem wir noch zum Teil stecken. Soziales Denken muß unser Recht befruchten, und das heißt erneuern.

Dr. Gustav Hoffmann, Selliger Kampf. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover-Kirchrode. Preis kart. 1,80 Mk. in Ganzleinen mit Goldprägung 2,80 Mk. Unser gewerkschaftlicher Kampf dient einem folgen menschlichen Freiheitsgedanken. Ihr Frauen, die ihr so oft in unserem Kampfe die Befriedigung eurer Seele vermisst, lest dieses Buch! Ihr Jugendlichen, die ihr Gewerkschaftskampf binden wollt mit Begeisterung, greift danach! Ihr Alten, die dieses erbärmliche Dasein müde machte, hier findet ihr innerliche Befreiung. Unser alter Mitarbeiter hat hier in 52 in sich abgeschlossenen Kapiteln Schönes zusammengestellt für euch, end zu stärken im gewerkschaftlichen Glauben an den Sieg solidarischer Kraft und euch zu erheben zu dem, zu dem ihr bestimmt.

Rote Jugendfahrten über Wien, das Buch vom 2. Internationalen sozialistischen Jugendtreffen Juli 1929. Herausgegeben im Auftrag der Sozialistischen Jugendinternationale, bearbeitet von A. Piperger, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Kart. 1,40 Mk. Jetzt ist das Berichtsbuch über dieses Treffen erschienen. Es ist ein richtiges Jugendbuch: kurz, knapp, jugendlich und lebendig im Text und mit reichem Bildschmuck versehen. Es ist zugleich zum Lesen und zum Schauen geschaffen. Jugend aus vielen Ländern erzählt ohne lange Umschweife, was sie während der drei Tage gesehen, gehört und gefühlt hat. Das Berichtsbuch ist in Wort und Bild geformte Erinnerung an die größte und begehrtendste internationale Jugendtagung. Es ist zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verschiedene Industrien

Die Thüringer Spielwaren-Industrie im Kampf und ihre Erträge.

Im Verlag von Gustav Fischer, Jena, ist im Sommer 1929 eine Broschüre mit obigem Titel erschienen. Die Verfasserin ist Dr. Margarete Sy in Jena. Die Broschüre ist im allgemeinen eine Zusammenfassung des seit Jahren, insbesondere aber in der Nachkriegszeit, gesammelten Materials über die Entwicklung der Thüringer Spielwaren-Industrie, allerdings mit einigen Entgleisungen. Die Verfasserin stellt Untersuchungen an über

1. die Thüringer Spielwaren-Industrie im Zusammenhang wirtschaftlicher Strukturwandlungen seit 1913;

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Mein Kollege Bernegros.

Humoreske aus dem Theaterleben von E. Hallenstern.

Mein Kollege Fräulein Karl war klein, sehr klein. Zum mindesten war ihm jede Möglichkeit genommen, seinen Nebenmenschen über die Achsel anzusehen. Ach, was mußte sich der Arme nicht alles für Wißgefallen lassen wegen seiner kleinen Figur. Fuhr er mit der Bahn, so hieß es: „Karlehen, Sie haben es gut, Sie können Ihr Leben lang auf Kinderfüße reisen!“ Kam der Kaiser, oder gab es sonst irgendwelche Gelegenheiten zu einem Gedränge, so fand sich immer ein Witzbold aus dem Volke, der die Leute hat, den Kleinen doch vorne hinzulassen, er könne ja sonst nichts sehen. Ja, es soll sogar dermaßen verwerfliche Charaktere gegeben haben, die Karlehen an heißen Sommer Tagen unerschrocken fragten: „Na Kleiner, ist es bei Ihnen auch so heiß?“

Daß solche Äußerungen Karlehen nicht gerade in Feststimmung versetzten, ist begreiflich und menschlich nachzufühlen. Er ließ sich über den Mangel an Größe aber auch gar nicht trösten. Man konnte ihm noch so oft vorhalten, daß es unter großen Männern kleine Leute gab und noch gibt, es half nichts.

Umsonst war der Hinweis auf Pipin den Kleinen, der es bis zum König gebracht hatte. Umsonst war der Hinweis auf unseren Altmeister Menzel, der trotz seiner Kleinheit die größten Bilder malte. — Ja, selbst die gewöhnliche Versicherung, daß mit den biblischen Worten: „Lasset die Kleinen zu mir kommen!“ auch er mit unbegriffen sei, vermochte nicht sein Mißbehagen über seine mangelhafte Höhe zu bannen.

Schon seit seiner Jugend, so erzählte er uns unter Kollegen eines Tages, als er besonders über sein Schicksal erbittert schien, verfolgte ihn seine Befindlichkeit, alle Gegenstände, die in seiner Gegenwart unter Schrank und Tisch fielen, aufheben zu müssen. Immer hieß es: „Kleiner, bück dich, du hast's nicht so weit wie wir!“ Von Haus aus war „Karlehen der Große“, wie wir ihn immer nannten, eine harmlose, gutmütige Natur, aber leider sehr leichtgläubig. Redete er sich doch so gar selbst ein, er müsse Selbsterrollen spielen, und glaubte es. Er, der vermöge seiner Figur geradezu geboren war für komische Rollen.



Tag und Nacht grübelte der arme Bursche über Mittel nach, die seine Figur größer erscheinen machten.

Die denkbar höchsten Absätze ließ er sich an seine Schuhe machen, so daß er wie ein Storch im Salat einherging. Alles umsonst, „Karlehen der Große“ blieb klein.

Eines Tages, als aus unsern Mensenstammisch wieder zu frühlichem Fröhlichkeit vereinigte und Freund Karl, wie fast immer, den Mittelpunkt des humoristischen Gesprächs abgab, wurden ihm wieder einmal scherzhaft Mittel vorgeschlagen, um seinem Mangel abzuhelfen. Unter anderem rief ihm ein besonders fremdlicher Kollege sich drei Tage in einen Dünghaufen zu stellen, das befördere das Wachstum. Alles lachte, und Karlehen lachte klugerweise mit.

Ich, der ich absichtlich den ganzen Abend mit ernstem Gesicht dagestanden hatte, griff nun in die Unterhaltung ein und fragte meinen Kollegen Karl, ob er es denn schon mal mit einem Dampfbad versucht hätte.

Große Stille trat ein!

Teils wußten meine Kollegen wegen meines ernsten Gesichtes nicht, woran sie waren, teils waren sie zu vorsichtig, um einen eventuellen Späß nicht zu verderben. „Karlehen der Große“ sah sich erst misstrauisch an, wie der Hase den Fuchs ansieht, wenn ihm dieser schwärzelt. Als er aber sah, daß sich mein Gesicht nicht im mindesten verzog, entschloß er sich zu der erkrankten Frage: „Wie's Dampfbad?“

„Ja, Kleinstenskind, Kollege“, rief ich sichtbar empört, „haben Sie denn nie davon gehört, daß sich in der Wärme alles dehnt, daß in der Wärme alles wächst, größer und länger wird. Werden doch selbst die Tage im Sommer länger als im Winter!“

Lebhafte Behauptung hätte bei jedem anderen berechtigtes Mißtrauen erweckt, doch das war bei Karlehen, dessen Gehirn scheinbar dem übrigen Körper an Kleinheit nichts nachgab, nicht zu fürchten.

Meine Kollegen wußten sofort, wo ich hinaus wollte, und fügten an, mich zu unterstützen.

Katzenäuglein. Sie wußten mal ins Dampfbad gehen, Sie sollen mal sehen, wie das hilft!“

Die letzten Worte wurden mit solch anrührendem Bedauern herabgebracht, als wolle sich der Redner bei Karlehen entschuldigen, daß er ihn habe nicht schon längst darauf hereinfallen lassen.

Karlehen — in Gedanken war sich hin und spielte so lange mit dem ein oder andern bedächtigen Soliloquium, bis es plötzlich ansah. Nachdem er das Soliloquium zusammengekratzt und das Soliloquium wieder an seinen Ort gestellt hatte, sagte er leise auffetzend, als wolle er seinen Gedanken einen Abschied geben: „Ja, na ja, kann man ja mal versuchen! Aber — ich war noch nie in solch einem Ding — so einem Dampfbad, wie wird denn das gemacht?“

Erst waren mehrere bereit, ihn zu begleiten und Anleitungen zu geben.

„Nichts da, meine Herren“, rief ich laut, „ich habe ihn den Rat gegeben, ich will auch den Erfolg für mich haben!“

Meine Kollegen, auf so etwas gewöhnt, traten sofort zurück, denn sie wußten den Vorteil, daß ich mit „Karlehen dem Großen“, etwas ganz Bestimmtes vorhatte.

Am nächsten Tage, der bestimmt war, mein schwarzes Werk zu geben, kamen wir aus, wie verabredet, am Theater und marschierten miteinander nach jenem Gebäude, in welchem der gute kleine Herr sein Heim hatte.

Langsam ging er voraus an meiner Seite. Als es nun im Vorgriff seiner kommenden Größe war oder ein kleines Absteigewohnen mit kleiner niedriger Gehalt, ich weiß es nicht. Kurz vor unserem Ziel handelte er das Schwärzige, und sein Ton hatte entschieden etwas Fieriges.

„Wollen Sie mir glauben, lieber Kollege“, begann er, „daß mir auch ein wenig das Herz kloppelt!“

„Na, Karlehen, Sie werden doch nicht im letzten Moment kneifen?“ meinte ich.

„O nein“, sagte er eifrig, „o nein. Sehen Sie, lieber Kollege, ich habe nämlich in dieser Nacht noch einmal reiflich über die Sache nachgedacht und bin zu der Überzeugung gekommen, daß die Wirkung des Dampfbades auf das Wachstum des menschlichen Körpers eine ganz natürliche ist. Werden doch schon kleine Kinder, die etwas zurückgeblieben sind, in Brüsten gelegt!“

„Sieh, sieh“, sagte ich anscheinend ruhig und überlegend, „Sie haben doch die Sache schärfer erfaßt als ich dachte.“

Innerlich kramten sich meine Eingeweide vor unterdrücktem Lachen zusammen.

Nachdem ich Karlehen entkleidet hatte, führte ich den körperlichen Streber an den Eingang der Dampfstube und schärfte ihm ein, ja nicht vor zwanzig Minuten den Raum zu verlassen, sonst garantiere ich nicht mehr für den Erfolg. Er versprach es, ich öffnete ihm festerlich die Tür, die Dampf Wolken nahmen sich seiner an, und er ward nicht mehr gesehen.

Nun rief ich ans Werk!

Ich eilte in Karlehen's Kabine, schloß mich ein, zog Nadel und Zwirn aus der Tasche und fing an — o teuflisches Beginnen — die Ärmel und Beinkleider um 7 Zentimeter einzunähen, ich glaube, ich schweißte noch mehr als mein Opfer im Dampf. In knapp einer Viertelstunde war die ruchlose Tat beendet.

Nach getaner Arbeit ließ ich im „marsch zu unserem Stammtisch, wo meine Kollegen mit Ungehoor und voller Neugierde schon meiner harrten und wo wir auch Karlehen hinstellt hatten, um den unzweifelhaften Erfolg zu feiern.

Ich wurde mit Hallo empfangen und mit tausend Fragen besäumt. Nachdem sich der erste Sturm des aufrichtigen kollegialen Interesses für Karlehen gelegt hatte und ich erzählte, wie weit mein Späß gediehen, forderte ich die Mitwisser der schwarzen Tat auf, beim Erscheinen unseres Objekts so ruhig wie möglich zu bleiben und beileibe nicht zu lachen. An der hohen Eingangstür wurde noch ein schnell improvisiertes Schild mit der Aufschrift: „Achtung! Rücken!“ angebracht, und dann harrten alle des feierlichen Moments.

Und er kam, der Moment! Doch er trug wenig von Feierlichkeit an sich, denn so wie „Karlehen der Große“ in anscheinend höchst gehobener Stimmung über den Hauptplatz stolz daher kam, mit zu kurzen Hosen und Ärmeln, als wären sie bei der Wäsche eingegangen, da war kein Halten mehr. Ein echter Indianertanz ist eine Andachtsmesse der Methodistengemeinde gegen das, was meine Kollegen vollführten.

Glückstrahlend trat Karlehen ein — einige behaupten noch heute, er habe sich wirklich in der drei Meter hohen Tür geblüht.

„Kinder, ich wachse!!! Seht nur her!!!“ rief er ein um das andere Mal und deutete auf die Metamorphose seiner Garderobe. „Kinder, das war eine großartige Idee!“

Um seine Freude etwas zu dämpfen, rief ich:

„Die Idee ging von mir aus.“

„Dann gib 'ne Runde Bier aus!“

Dieser unzweideutigen Aufforderung kam er mit Freuden und sofort nach, und eine Runde folgte der anderen.

Am nächsten Tage hatte ich einen Katzenjammer und einen Fremd weniger.

Karlehen grüßte mich nicht. Er hatte nämlich einen anderen Anzug an, welcher noch nicht durch meine kunstgeübten Hände gegangen war.

Sollte er am Ende doch etwas gemerkt haben???

(„Der neue Weg“, Nr. 14, 16. Juli 1929.)

Der Sperling.

Gedicht in Prosa von Iwan Turgenjeff.

Ich kehrte von der Jagd zurück und ging durch die Gartenallee. Mein Hund lief voraus. Plötzlich verzögerte er seine Schritte und begann zu schleichen, als witterte er vor sich ein Wild.

Ich blickte die Allee hinunter und gewahrte einen jungen Sperling mit gelbem Schnabelrande und jungem Flaum auf dem Kopfe. Er war aus dem Neste gefallen — ein kräftiger Wind schüttelte die Birken der Allee — und unbeweglich saß er nun da, indem er die kaum hervorgewachsenen Flügelchen hilflos von sich streckte.

Langsam näherte sich ihm mein Hund, als sich plötzlich vom benachbarten Baume ein alter, schwarzbräunlicher Sperling löste, wie ein Stein gerade vor seiner Schnauze niederfiel und ganz zerplatzt und zerstört mit verzweifeln, klaglichem Geschrei einige Male gegen den weißgeflackten, mit großen Zähnen besetzten Nachen losprang.

Er wollte sein Junges retten, er schürzte es mit seinem eigenen Körper... sein ganzer winziger Leib bebte vor Schrecken, sein Schwanz ward wild und heiser, er starb hin, er opferte sich!

Wahrscheinlich war die Unruhe nicht dort oben auf seinem sicheren Ast zu verbleiben. Eine Gewalt, welche stärker war als sein Wille, trieb ihn hinweg.

Mein Fehler blieb stehen und wich dann zurück. Offenbar mußte auch er jene Gewalt anerkennen. Ich rief den verdutzten Hund zu mir und entfernte mich mit einem Gefühl der Ehrfurcht.

Ja, lachet nicht, ich empfand wirklich Ehrfurcht vor diesem kleinen heldenmütigen Vogel, vor dem leidenschaftlichen Ausbruch seiner Liebe.

Die Liebe, dachte ich, ist doch stärker als der Tod und die Todesangst. Nur durch sie, nur durch die Liebe erhält und bewegt sich das Leben.

Der Hausierer.

Onkel Wolf — Gott hab' ihn selig — war Hausierer und wohnte in Krowanke.

Einesmal in einer Dorfwirtschaft will er an einen polnischen Wirtschaftsinpektor etwas verkaufen, drei Meter Stoff zum Anzug oder ein Paar Lederhosen oder sonst etwas. Vergeblich. Der Pole kehrt sich alles lange an, indeß die Ware, bietet schließlich einen Spottpreis und kauft nichts. Er steht auf und bezahlt seine Zeche. Onkel Wolf hat aber denselben Weg nach Stappa, wo der Inspektor wohnt.

Da rief er ihn zurück: „Panje Inspektor, ich geh' ja auch nach Stappa; ich bezahl' nur erst das Gläsche Schnaps, was ich hab' getrunken! So, jetzt hab' ich mein' letzten Pfennig ausgegeben.“ — Panje Inspektor, kaufen Sie mir wirklich nichts ab?“

„Hab' ich doch gesagt, was ich geb'.“

Dem Onkel Wolf ging die Galle über.

„Na, wech' ich ihn noch was sagen, Panje Inspektor, e Gefallen kenn' Sie mir doch tun. Geh'n Sie, borgen Sie mir etwas Geld, ich hab' den letzten Pfennig hier ausgegeben, aber deswegen bleib' ich ihn doch noch fester. Geh'n Sie, borgen Sie mir wenigstens e Taler.“

„Is nich, was' ich nicht, borg' ich nicht kein Geld niemals nich weg.“ Is sich so mein Prinzip.“

„Aber Panje Inspektor, Sie kriegen das Geld bestimmt wieder, und übrigens, hier haben Sie meine ganze Ware zum Pfand.“

„So, das is' ich andre Sache“, sagte der Inspektor, „aber wenn ich in vierzehn Tagen nich das Geld nich zurück hab', is' sich die ganze Ware Eigentum meiniges. Verstanden? Panje Gastwirt, Sie sind Junge.“

Unterwegs mußten sie häufig haltmachen; Panje Inspektor wuschte sich den Schweiß, aber das Paket gab er nicht für einen Moment aus der Hand. Desto häufiger wiederholte er: „Wann ich in vierzehn Tagen nich mein Geld nich zurück hab', is' das ganze Paket Eigentum meiniges. Der Gastwirt is' Junge.“

Als sie nun endlich in Stappa angelangt sind, nimmt Onkel Wolf — Gott hab' ihn selig — den Taler aus der Tasche und sagt: „Panje Inspektor, daß Sie sehen, daß Sie mit einem ehrlichen Menschen zu tun haben: Hier haben Sie den Taler wieder und geben Sie mir mein Paket.“ (Simpl.)

Die russische Schaukel.

Schau, auf jedem Narrenfest, wo Neurußland orgeln läßt, steht du das Gekaukel, einer Russenschaukel.

Achtung, weres Publikum, diesmal geht es rechtsherum, nächste Tour, hm, allerdings, geht mehr nach der Richtung links.

Hoppa, es geht mittendurch, ringsherum um unsre Burg, wo der Freiheitshimmel blaut, Brüderchen den Galgen baut.

Uns bezieht alle Welt, wenn wer aus der Schaukel fällt, kann man's uns verdenken, wenn wir jemand henken?

Wir verkünden jeden Schuß; wer ins Gräßlein beißen muß, künden wir mit Namen. Sel'ges Rußland — Amen.

Wer sich duckt und hündisch folgt, der wird keineswegs erdolcht, keinen Hund gang ohne Floh, darum schaukeln wir auch so.

Hopp, wir schaukeln um die Welt, bis sie uns zu Füßen fällt, daß die ganze Erde, endlich russisch werde.

Wer die Russenorgel spielt, schaukelt heut fuchtsaufswild, morgen, ganz gediegen, wird er selber fliegen. E. P.

Humoristische Ecke.

Immer stillgemäß.

Tischdame: „Ich bin der Ansicht, Herr Schmidt, daß die Herrenkleidung zu der Haarfarbe passen sollte: Ein Mann mit schwarzem Haar sollte Schwarz tragen und ein Mann mit braunem Haar Braun. Denken Sie nicht auch so?“ — „Kann sein“, sagte Schmidt. „Aber wie ist es, wenn einer kahlköpfig ist?“

Der Beweis.

Nachts drei Uhr kommt ein Reisender vor ein Hotel, vor dem schon einer steht und auf Einlass wartet. Er fragt den Herrn: „Können Sie mir sagen, schläft man hier auf?“ „Gewiß“, sagt dieser, „ich läute schon dreiviertel Stunden und niemand macht mir auf.“

Literarisches.

„Die Arbeit“. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Organisationsmitglieder 2,85 Mk. Die Betriebssoziologie ist in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten in Angriff genommen worden. Besondere Institute an den Universitäten und Technischen Hochschulen stellen sie in den Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit. Der Aufsatz von Professor Theodor Geiger, dessen erste beiden Teile „Arbeitsgestaltung im Zeitalter des Spätkapitalismus“, „Der Betrieb als soziales Gebilde“ eröffnen das 11. Heft der „Arbeit“. Der holländische Konjunkturtheoretiker S. de Wolff legt in dem Aufsatz „Ebbe und Flut in der Wirtschaft“ in gedrängter Kürze seine „Konjunkturtheorie“ auseinander. „Bedeutung, Stand und Probleme der Wirtschaft der öffentlichen Hand“ untersucht Dr. Walter Pahl. Dr. Hilde Oppenheimer beschäftigt sich in einer Untersuchung „Wandlungen in der Sozialpolitik“ mit den Gedankengängen des neuesten Buches von Eduard Heimann „Soziale Theorie des Kapitalismus“.

Spiegel der Welt für wenig Geld. Der Verlag Brockhaus, Leipzig, legt die 9. Folge (1929/30) seines Jahrbuchs „Den Freunden des Verlags F. A. Brockhaus“ vor. Die langwierigste Leistung der Firma in den letzten Jahren ist die Herausgabe des neuen „Großen Brockhaus“. So ist es verständlich, daß ein Aufsatz von Dr. Ferdinand Brandt, „Der Große Brockhaus, sein Werden und sein Erfolg“, das Buch einleitet. Für weniger Anspruchsvolle sei neben diesem „Handbuch des Wissens in 20 Bänden“ auf den vierbändigen „Neuen Brockhaus“ und den einbändigen „Kleinen Brockhaus“ hingewiesen. Auch als Verleger von Reiseverken führt Brockhaus. Wer sich über die wichtigeren Entdeckungen früherer Jahrhunderte und der Jetztzeit unterrichten will, kann das Jahrbuch nicht übergehen, da es eine fast vollständige Statistik der bedeutendsten Veröffentlichungen auf diesem Gebiete bringt. Unter den Neuerscheinungen haben wir hervor: Sven Hedin, „Auf großer Fahrt“; Wilhelm Fildner, „Om mani padme hum“; Colin Ross, „Die Welt auf der Waage“; R. E. Byrd, „Himmelswärts“; Emil Trinkler, „Im Land der Stürme“; Martin Johnson, „Simba“ (zum gleichnamigen Film); und Willi Richter-Richters, „Arbeiten und Ergebnisse der deutsch-russischen Alai-Pamir-Expedition“.

Im Strom der Zeit. Im Jahre 1908 erschien die erste Ausgabe des Gedichtbandes „Im Strom der Zeit“ von Ernst Preczang. 1920 erschien die vierte Auflage des Buches, ein Beweis, daß es seinen Titel zu Recht trägt. Immer wird es eine Literatur geben, die über ihre historische Bedeutung hinaus Geltung behält als Trägerin ewiger Ideen. Ernst Preczang's Gedichte gehören dazu. Alle Grenzen einer ungekünstelten und proletarischen Lyrik werden es begrüssen, daß jetzt, zugleich aus Anlaß des 60. Geburtstages von Ernst Preczang am 16. Januar 1930, der Gedichtband in schöner Ausstattung, außerdem ergänzt und auf einen Umfang von 14 Bogen erweitert, im Buchverleger Verlag, G. m. b. H., Berlin, neu erscheint. In Leinen 4,80 Mk. Das Werk ist in sechs Abschnitte eingeteilt: „Lust und Weh“, soziale und Kampfgedichte, „Brennende Welt“, Gedichte aus der Kriegszeit, „Aus Natur und Wandererschaft“, hauptsächlich Gedichte aus der Zeit der Waise, „Tee“, „Reber vom Meer“ und „Ausklang“. Jeder Abschnitt ist mit einem Holzschnitt von Franz Masereel geschmückt.